Nr. 59 — Halle (Saale), Dienstag den 11. März 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis: monatlich 50 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,50 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Merseburgerstraße 200, Fernsprecher 2000. Sprechstunden: werktags von 5—6 Uhr nachmittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis für die fünfgespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Reklamen unter dem Redaktionsstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die tägliche Ausgabe nehmen Anstalten bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle entgegen.

Hauptgeschäftsstelle: Merseburgerstraße 140, Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

1813 und 1913.

„Feiern", gedenken und geloben.

Da die hundertjährige Wiederkehr des Tages, an dem von Breslau aus der Aufruf „An mein Volk" erging, in die Karwoche fällt, hat die fromm-christliche preußische Regierung den heutigen 10. März zum Hauptfeiertag des Jubiläumsjahres bestimmt. Wer etwas auf sich hält und Wert darauf legt, als treuer Untertan zu gelten, der zieht sich den Bratenrock an, stülpt den Zylinder auf, und beteiligt sich, ob Jude oder Christ, an dem Kirchgang, der diesmal in das übliche Klingling, Bumbum und Tschingdada preußischer Feste etwas Abwechslung bringen soll.

Wir Sozialdemokraten sind nicht mit von der Partie, wir lassen die anderen bei ihrem Gottesdienst so gut wie bei ihren Festessen, Kommersen und vaterländischen Mimiken unter sich. Für diese Art von Feiern, bei denen jede Geste eine Pose und jedes Wort eine Geschichtsverfälschung ist, haben wir nichts übrig. Aber wer auf das Mitfeiern verzichtet, der braucht sich deshalb noch nicht des Mitgedenkens zu enthalten, und wir haben allen Anlaß, uns ebenfalls in die Zeit von vor hundert Jahren zu vertiefen. Nicht nur, weil wir immer bereit sein sollen, aus der Geschichte zu lernen; auch nicht, nur um die historischen „Irrtümer" der Patrioten richtig stellen zu können, sondern weil auch mit unseren Augen gesehen das Jahr 1813 ein Jahr der Erhebung gewesen ist. Unser berechtigtes Mißtrauen gegenüber allen von Wilhelm II. angeordneten Jubiläen kann uns nicht hindern, die für denkwürdig erklärten Geschehnisse objektiv zu würdigen und uns in unserer Art an ihnen zu erbauen.

Von all den Jahrhunderts-, Halbjahrhunderts- und Vierteljahrhundertserinnerungen, die man von oben befohlen hat, ist die an das Jahr 1813 wohl die einzige, an der das Volk mit vollem Bewußtsein Anteil nehmen darf. Die innere Berechtigung des „Befreiungskrieges" kommt dabei nur in zweiter Linie in Betracht. Napoleon war der Vollstrecker der Ideen der französischen Revolution. Die Kolbenschläge seiner Soldaten haben die Tore gesprengt, mit denen sich das heilige römische Reich deutscher Nation in all seinen Teilen gegen den freien Luftzug der modernen Zeit absperrte. Aber die Faust des Siegers und Eroberers hat nicht nur die Dynastien geschüttelt und gezaust, sie hat auch mit einem schweren, tyrannischen Druck besonders auf dem preußischen Lande und dem preußischen Volke gelastet. Und wenn die westlichen Teile Deutschlands, die entweder dem französischen Staate einverleibt wurden, oder in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Napoleon kamen, ihn als Befreier von dem drückenden Joch der mehr oder minder aufgeklärten Despoten begrüßen konnten: östlich der Elbe war er nur der unerbittliche Unterdrücker.

Gewiß ist es Napoleons begründete Verachtung für die preußische Regierung und den preußischen König gewesen, die das preußische Volk zu entgelten hatte, doch das Recht der Geknechteten zur Gegenwehr war darum nicht geringer, und für die Abschüttelung von Fesseln hat die Sozialdemokratie unter allen Umständen Verständnis. Dieses Verständnis wird zur Sympathie, wenn der Wille zur Befreiung nicht dem Befehl der Mächtigen und Fürsten sein Entstehen verdankt, sondern sich ohne diesen äußeren Anstoß oder sogar im Gegensatz zu den Herrschenden Bahn bricht. Das aber war in Preußen der Fall. Die Freiheitsbewegung des Jahres 1813 war bis zum Ausbruch des Krieges eigentlich ein revolutionärer Akt, und sie büßte auch dadurch ihren Charakter nicht ein, daß das Heer mit dem Volke gemeinsame Sache machte, und daß es hohe Offiziere und Vertreter des Adels waren, die führende Rollen übernahmen.

Mit einem Bruch des Fahneneides begann die Sache. Der General York, der mit seinen Truppen von den seinem obersten Kriegsherrn verbündeten Franzosen zu den Russen überging, handelte auf eigene Faust, und die Offiziere, die sich ihm anschlossen und sich weigerten, den Berliner Weisungen zu gehorchen, waren nichts anderes als Rebellen, die „von Rechts wegen" den Tod auf dem Sandhaufen verdient hätten. Sie würden ihn auch erlitten haben, wenn das Unternehmen anders ausgegangen wäre, am Ende auch schon, wenn jener Schwächling, den ein grausames Geschick den preußischen Thron zieren ließ, die Möglichkeit gehabt hätte, an die Verbrecher heranzukommen. So beschränkte sich Friedrich Wilhelm III. mit „der Absetzung" des Generals, die auf dem Papier blieb, und mit einem de- und wehmütigen Entschuldigungsbrief an Napoleon.

Als Verbündeter des russischen Alexander auf eigene Rechnung rückte York dann in Ostpreußen ein, und mit ihm kam der Freiherr vom Stein, der die preußischen Dienste mit den russischen vertauscht hatte. Er war vom Zaren zum sozusagen unumschränkten Verwalter der Provinz seines ehemaligen Herrn ernannt worden, und in dieser Eigenschaft organisierte er die Rüstungen Ostpreußens gegen den Staat, mit dem Preußen im Bunde stand. Was war dem Freiherrn vom Stein der König von Preußen, dessen Minister er zuvor gewesen? „Ich habe", so hatte er kurz zuvor an den Grafen Münster in London geschrieben, „nur ein Vaterland, das heißt Deutschland ... mir sind die Dynastien in diesem Augenblick ... vollkommen gleichgültig". Mit Hilfe Rußlands hoffte er, seine Pläne zu verwirklichen. Ihm war die Zukunft des Hohenzollernhauses und des preußischen Staatswesens genau so gleichgültig wie Gneisenau, der, als ihm der Widerstand gegen den Reformgegner unüberwindlich schien, nach England gegangen war und von dort den Vorschlag machte, England solle mit einem Landungsheer in Norddeutschland auftreten, alles für sich selbst erobern, dem Lande die englische Verfassung geben und es dem britischen Reiche einverleiben.

Schritt für Schritt mußte der gekrönte Jammermann vorwärts getrieben werden. Er zweifelte daran, daß sich Freiwillige melden würden; er hielt einen Sieg über Napoleon für ausgeschlossen. Er ließ sich von dem von Clausewitz mit beißender Schärfe charakterisierten Hofadel, der sich mit den Zuständen vortrefflich abgefunden hatte, immer wieder zum Zögern bestimmen. Die ganze heute von seinem Nachfahren gefeierte „Wiedergeburt" Preußens erschien ihm nicht nur, wie er sich einmal in einem Briefe an Gneisenau ausgedrückt hatte, als „Poesie", sondern auch als eine hochgefährliche Sache. Untertanen, die anfingen, sich als Volk zu fühlen und nicht auf die Befehle ihres allergnädigsten Herrn warteten, bis sie sich zur Begeisterung entschlossen — das war für den Hohenzoller ein schrecklicher Gedanke, und am Ende hat ihn nur die Furcht zu dem entscheidenden Schritt bestimmt, die Bewegung werde über seinen Thron und vielleicht über seinen Leib hinweg weiter schreiten. Im Februar 1813 schrieb der englische Diplomat Omptedа an seine Regierung: „Wenn der König länger zaudert, so sehe ich die Revolution als wahrscheinlich an."

Ein Volk, das so im Gegensatz zu dem Herrscher und nur widerwillig unterstützt von der Regierung zum Kampfe drängt, kann sich nicht das Ziel gesetzt haben, einen fremden Eroberer zu beseitigen, um dann sanft und demütig unter das Szepter des „angestammten" Monarchen zurückzukehren. Zweifellos waren unter den militärischen Führern und den adeligen Gönnern des Freiheitskrieges manche, die in Napoleon nur den Sohn der Revolution sahen und nichts wünschten als die Wiederherstellung eines nicht durch gefährliche Ideen bedrohten Preußens. Aber die Masse wollte mehr. Sie träumte von dem einigen Deutschland und der Freiheit der Institutionen in seinen einzelnen Staaten. Um diese Frucht ist sie betrogen worden, und wer deshalb heute jubelt, der feiert gleichzeitig die Niederlage des Volkes. Wenn das Jahr 1813 und die folgenden so geworden wären, wie sie das Volk erhofft hatte, dann würde aller Wahrscheinlichkeit nach das offizielle Preußen des Jahres 1813 nicht gedenken. Dies Jahr erscheint den Hohenzollern und denen, die mit ihnen zum Beten gehen, nur deshalb so bewundernswert, weil durch das, was sie die wunderbare „Fügung des Himmels" nennen, die Erhebung des preußischen Volkes nicht ihm selbst, sondern nur dem preußischen Staatswesen und seiner Dynastie zugute gekommen ist. Die Herrschenden feiern die nichterfüllten Versprechungen der Proklamationen, in denen von Freiheit und Verfassung die Rede war.

Der Sozialdemokratie aber bleibt es vorbehalten, die Revolution von 1813 zu vollenden. Nach dem Feldzug schrieb einer der feurigsten Patrioten, der Professor Steffens, von den jungen Kriegern, die zu Politikern geworden seien:

Wo ist das Deutschland, fragen sie, für welches zu kämpfen wir aufgefordert wurden? Es lebt in unserm Innern. Zeigt es uns, wo wir es finden, aber wir sind genötigt, es uns selbst zu suchen.

Das neue Deutschland und vor allem das neue Preußen ist noch immer nicht gefunden. Aber das schaffende Volk von 1913 rüstet zum Befreiungskriege. Sein Gelöbnis wird es erfüllen!

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 10. März 1913.

Meldungen zur Rüstungsvorlage.

Die Schieberkonferenz.

An der sogenannten Informationskonferenz, die am Freitag beim Reichskanzler und Kriegsminister stattgefunden hat, haben von den Führern und Schiebern der bürgerlichen Parteien teilgenommen: die Fortschrittler Müller-Meiningen und v. Payer, die Nationalliberalen Schönaich-Carolath und Wassermann, die Zentrümler Spahn und Gröber, die Reichsparteiler Gamp und Schulz, die Konservativen Westarp, Heydebrandt und Kanitz und die Antisemiten Behrens und Herzog. Die Sozialdemokraten waren nicht eingeladen und infolgedessen auch nicht erschienen. Die Konferenz war „streng vertraulich". — Bethmann Hollweg soll den Abgeordneten aufgegeben haben, selbst ihren Fraktionen gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Nur soviel sickerte im Reichstage durch, daß der Kriegsminister in großen Umrissen den Inhalt der Militärvorlage skizzierte, und daß Bethmann Hollweg die Forderungen mit der politischen Lage begründete. Weitere Konferenzen in derselben Sache sollen folgen.

Bekannt wird, daß die Vorarbeiten für die einmaligen Ausgaben ergeben haben, daß die Abgabe vom Vermögen allein nicht ausreicht, und daß wahrscheinlich auch auf die hohen Einkommen gegriffen werden muß, um die Summe von einer Milliarde zusammenzubringen.

Kosten und Steuerscheu.

Die einmaligen Kosten für die Deckung der Militärvorlage betragen nach der Täglichen Rundschau genau 994 Millionen Mark. Die Presse der Besitzenden versucht immer wieder allerhand Einwände gegen das „patriotische Opfer" vorzubringen, so daß das Regierungsorgan Norddeutsche Allg. Ztg. schreiben muß:

Es wird nun aber darauf ankommen, den einfachen und klaren Gedanken der Vermögensabgabe festzuhalten und Abwege bei den Erörterungen über die praktische Gestaltung zu vermeiden.

Anscheinend richtet sich diese Warnung mehr nach rechts als nach links. Denn die konservative Presse hat dem Plane die meisten Wenn und Aber entgegengesetzt. In der Sonntagnummer der Kreuzzeitung ist wieder zu lesen:

Es ist mehr als eine Steuer, es ist ein nationales Opfer aller Besitzenden, was die Regierung hier fordert — ein Opfer, nicht unähnlich dem, das vor 100 Jahren das preußische Volk gebracht hat. Was hier schon wiederholt gesagt worden ist: der Besitz im Volke soll für das Reich der Notgroschen sein, wenn es einmal hart auf hart geht. Hält man eine Notlage für gegeben, wir sind's zufrieden und geben vom Besitz her, was gefordert werden muß. Aber das darf gesagt werden, daß diese Auflage als ein einzelner seltener Fall angesehen werden muß, daß ein Opfer geleistet, nicht ein Präzedenzfall geschaffen werden soll. Der Besitz gibt mit dieser Milliardensteuer mehr her, als bei den bisherigen Besitzsteuerprojekten verlangt worden ist. Es wäre wohl zu wünschen, daß das Reich sich mit dieser Besitzsteuer begnügte. Gegen den nächstliegenden Gedanken, einfach die vorhandenen Vermögen mit einem gewissen Prozentsatz zu belasten, lassen sich ohne Zweifel gewichtige Einwände erheben.

Ist die Frage der Deckung der einmaligen Ausgaben gelöst, so bleibt noch die schwierige Frage zu lösen, wie die fortlaufenden Ausgaben durch Steuern aufgebracht werden sollen. Die Summe mag sich von 200 Millionen jährlich nicht allzu weit entfernen. Wenn es auch keineswegs wünschenswert ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch zum Zwecke der Deckung der fortlaufenden Ausgaben an eine Besitzsteuer gedacht wird. In bezug auf die Erbschaftssteuer hat sich die Stellungnahme der konservativen Partei in keiner Weise geändert. Aus den tausendmal wiederholten Gründen sind wir für diese Form der Besitzsteuer nicht zu haben.

Das Junkerblatt will weiter nicht den Reichstag über die Steuern entscheiden lassen, sondern den Bundesstaaten die anteiligen Deckungsquoten zu überweisen und ihnen zu überlassen, durch Landessteuern die Beträge aufzubringen. Der preußische Landtag ist den Herrschaften für ihre Steuerscheu sicherer als der Reichstag.

Die Regierung muß sich auch noch durch ein anderes ihrer Organe, den Berliner Lokalanzeiger, gegen die „Selbstsucht und die Eigennutz" wenden, der sich jetzt wieder breit mache. Die Epistel an die Millionäre schließt:

Es wäre über die Maßen kläglich, wenn es der Steuerscheu oder der Parteiverblendung gelingen sollte, den Gedanken der Regierung bis zur Blutlosigkeit zu verwässern.

Es ist freilich „kläglich" genug, daß erst jetzt seit Bestehen des Reiches zum ersten Male die Besitzenden zu einem Beitrage für das Reich direkt herangezogen werden sollen. Und noch viel kläglicher ist es, daß Regierung und kapitalistische Parteien darüber einig sind, daß dieser Beitrag nur ein einmaliger, nie, nie, nie wiederkehrender sein darf. Das sind die „opferwilligen Patrioten" im Jubeljahre 1913.

Exekution kolonialer Geschäftspolitiker.

Der Reichstag ist am Sonnabend in die Osterferien gegangen. Der letzte Sitzungstag brachte indes noch eine erregte Debatte über das Thema der Konzessionsgesellschaften, das Freitag von unserem Genossen Dr. Weil angeschnitten worden war. Der Nationalliberale Dr. Paasche hielt eine übermäßig eifrige Verteidigungsrede zugunsten seines Fraktionskollegen und Gesinnungsgenossen Dr. Semler, der tags zuvor bedenklich unter die Räder gekommen war. Dr. Paasche erklärte die Kritik, wie sie an der Tätigkeit des Herrn Dr. Semler geübt war, als unzulässig. Der Staatssekretär äußerte sich dann über das eigentlich zur Debatte stehende Thema: die Zurückweisung des überwiegenden Einflusses der Kongo-Konzessionsgesellschaften. Er unterstrich die angebliche Entschlossenheit der Regierung, mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Mittel eine strenge Kontrolle über die Gesellschaften auszuüben. In diesem Zusammenhang suchte er auch den in die Affäre verwickelten Botschaftsrat v. d. Lancken und ein wenig auch den Herrn Dr. Semler zu decken.

Nach den Vorgängen der Freitagsitzung war es begreiflich, daß das Haus der Entgegnung des sozialdemokratischen Gegners Genossen Dr. Weil mit Spannung entgegensah. Hatte sich doch Genosse Weil in seiner Rede am Tage vorher als vorzüglichen Kenner jener dunklen Partien der deutschen Kolonialpolitik erwiesen, über die man nicht gerne spricht, von denen man aber doch — aus einem gewissen pikanten Interesse — recht gerne hört. Die sachliche Schärfe der nun folgenden Ausführungen über die eigenartige Doppelstellung des Dr. Semler als Kolonial-Referenten des Reichstags und als Berixter seiner persönlichen Geschäftsinteressen wirkte dadurch um so stärker, daß sich der Redner in der äußeren Form einer Höflichkeit befleißigte, die mehr der Würde des Hauses geschuldet war als sie dem unglücklichen Objekt selbst zugute kam. Zum Schluß hatte man den Eindruck, noch nie einer Exekution beigewohnt zu haben, die mit größerer Eleganz und Sicherheit vollzogen worden wäre. Nachdem noch Dr. Arendt einen vergeblichen Rettungsversuch unternommen hatte, vervollständigte Genosse Ledebour die wirkliche Darstellung der Dinge durch eine scharfe und energische Präzisierung der Vorgänge und der Stellung des bisherigen Kolonialreferenten.

Zu Beginn der Sitzung war das Statusnotgesetz gegen unsere Stimmen angenommen worden. — Die Sitzung schloß mit einer Rede des Präsidenten zum Gedächtnis der Befreiungskriege.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0001

Gegen die Immunität der Abgeordneten.

Nach dem Genossen Richard Fischer sollte am Sonnabend auch Genosse Abg. Quarck-Frankfurt vor dem Untersuchungsrichter als Zeuge in einem Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt" über die Herkunft der Mitteilungen vernommen werden, die er in einer Reichstagsrede vom 1. Februar gelegentlich der Lebensmittelteuerung über Differenzen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Staatsregierung zur Frage der Oeffnung der Zollgrenzen für Schweizer Vieh gemacht hatte. Ebenso wie Genosse Fischer lehnte natürlich auch Genosse Quarck jede Mitteilung über etwaige Gewährsmänner mit Hinweis auf seine Abgeordneteneigenschaft und die Unehrenhaftigkeit eines solchen Ansinnens ab. Damit war diese Staatsaktion vorläufig beendet.

Dreiklassenhaus-Allerlei.

Das Dreiklassenhaus erledigte am Sonnabend das Gesetz über die Ausnutzung der Wasserkräfte der oberen Weser zur Elektrizitätsgewinnung, wobei Genosse Leinert forderte, daß der gemeinnützige Charakter dieses Werkes nicht durch Erwerbsabsichten der beteiligten Landkreise beeinträchtigt werden soll. Dann wurde ein Gesetz zum Schutz von kulturhistorisch wichtigen Ausgrabungen in erster Lesung beraten. Es ist bezeichnend, daß sogar hier die Konservativen gegen jede Beschränkung des Privateigentums auftraten, obgleich sie doch sonst für Denkmäler der Vergangenheit eine tiefe Sympathie haben. Für das Gesetz sprachen sich aber alle anderen Parteien, auch Genosse Dr. Liebknecht, aus. Nach einer längeren Debatte wurden die Vorschläge des nationalliberalen Abg. Dr. Schiffer, der als Oberverwaltungsgerichtsrat das Elend der Polizeiverordnungen gründlich kennt, zu einer Reform des Polizeiverordnungsrechts gegen die Konservativen angenommen. In der Debatte sprach sich Genosse Dr. Liebknecht natürlich für diese Verbesserungsvorschläge aus, ließ aber keinen Zweifel daran, daß man damit noch keine Abhilfe erreiche könne, weil die Plackerei der „Untertanen" mit zu dem gesamten preußischen Regierungssystem gehören. Trotzdem ist es recht fraglich, ob das sog. Herrenhaus und noch fraglicher, ob die Regierung der Reform zustimmen wird. Insbesondere richtet sich ihr Widerstand dagegen, daß die Staatsbürger gleichzeitig mit den Verordnungen auch erfahren, welche Rechtsmittel ihnen dagegen zustehen. Offenbar fürchtet man, daß den Preußen zu viel Wissen Kopfweh machen könnte!

Montag ist keine Sitzung; da geht Herr Cassel zur Kirche. Am Dienstag wird das Dreiklassenhaus wieder ein paar hundert Millionen aus unseren Taschen zur Bekämpfung der Polen bewilligen.

Deutsches Reich.

— Die Musik wird in Preußen unter Polizeiaufsicht gestellt. Bei der Beratung des Etats für Kunst und Wissenschaft in der Budgetkommission des Dreiklassenhauses gab die Regierung auf konservative Anregung die Erklärung ab, daß zur Bekämpfung der Mißstände im Musikunterricht bei der Novellierung der Reichsgewerbeordnung auch die Musikkonservatorien der Konzessionspflicht unterstellt werden sollen. Uebrigens werde man, so erklärte der Minister, auf Grund der neuen Rechtsprechung des Reichsgerichts über die Unterrichtserlaubnis gegenüber den Mißständen im Musikunterricht von der Kabinettsordre von 1834 mehr Gebrauch machen können. Bisher hat man diese Kabinettsordre bekanntlich nur zur Bekämpfung von Jugendbildungs-Bestrebungen der Arbeiterklasse zu verwenden für nötig befunden.

— Vom Schutze der nationalen Arbeit. In Königsberg in Preußen läßt die Kommandantur Fortifikationsarbeiten von einer Danziger Firma ausführen. Es werden neue Forts erbaut. Da mit Rücksicht auf das Ausland solche Arbeiten nicht bekannt werden sollen, sind den Arbeitern auch darüber von der Militärbehörde Eröffnungen gemacht worden. Die Firma, die die Arbeiten ausführen läßt, weigerte sich aber plötzlich, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Sie zahlte 8—10 Pf. weniger als tariflich vereinbart ist. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und nun holte sich das Baugeschäft zu den Fortifikationsarbeiten — polnische Erdarbeiter. Ganz abgesehen davon, daß diese gar nicht imstande sind, gute Eisenbetonarbeiten auszuführen, muß man sich doch fragen, wo bleibt hier die Wahrung des „nationalen Interesses"? Hat man zu den Ausländern mehr Zutrauen als zu den deutschen Arbeitern? Es scheint nicht, denn die Ausländer werden von Gendarmen Tag und Nacht bewacht. Aber sie arbeiten billiger, sie drücken den Lohn der deutschen Arbeiter — das entscheidet.

— Hohe Strafen, aber trotzdem: Verschärfung der Strafbestimmungen. Wegen Fabrikantenbeleidigung wurde von der Strafkammer in Waldenburg in Schlesien der Vorsitzende der dortigen Glasarbeiterverbandsfiliale, Genosse Fuhrmann, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung sollte durch ein Flugblatt und durch eine Versammlungsäußerung geschehen sein. Trotzdem der Angeklagte die Versammlungsäußerung ganz entschieden bestritt und die Flugblattdarstellung zum großen Teil bestätigt wurde, erfolgte die Verurteilung des Angeklagten zu der überaus hohen Strafe. Bei der Strafmaßbegründung machte der Staatsanwalt die charakteristische Bemerkung, „das Treiben des Angeklagten sei gemeingefährlich". — Trotz solcher hohen Strafen verlangt man noch eine weitere Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Arbeiter!

— Wie der Reichsverband gegen das gleiche Wahlrecht hetzt. Der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Bornhak sprach am Freitag in Berlin im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie. General v. Liebert hatte den Vorsitz und eine Reihe von Parlamentariern war zugegen. Dr. Bornhak sprach über Gleiches bürgerlichen Blätter sang der Referent dem preußischen Dreiklassenwahlrecht ein Loblied, das gewiß schwere Mängel aufweise, aber den gesunden politischen Gedanken in sich trage: die Abstufung der Rechte nach der Leistung. Im Handumdrehen ging der Herr Professor über das schreiende Unrecht des Dreiklassenwahlrechts gegenüber der Sozialdemokratie hinweg: „Man vergißt — so sagte Dr. Bornhak — daß jedes Wahlsystem sich seine Parteien bildet. Die Sozialdemokratie z. B. ist entstanden auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten Wahlrechts. Folglich kann man nicht, um eine Partei zur Geltung zu bringen, ein neues Wahlrecht aufschneiden, wie ein paar Hosen. Der preußische Staat darf nicht untergehen im allgemeinen Wahlrecht. Preußen muß fest bleiben! Widerstehet dem Anfang!" — Der Reichsverband kann mit diesem seinem neuen Agitator Staat machen. Er dürfte bei den preußischen Arbeitern nun noch viel — beliebter werden.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Knebelgesetz gegen die ungarische Parlamentsopposition. Nachdem die Schandwahlreform vom ungarischen Reichstag glücklich unter Dach gebracht und das Volk dadurch politisch infam entrechtet worden ist, geht die Regierung jetzt daran, der ihr lästigen Opposition im Parlament den Knebel anzulegen. Die Regierung reichte am Sonnabend dem Abgeordnetenhause eine neue Hausordnung ein, deren wichtigste Bestimmungen sind: 1. Verfügungen, durch die die technische Obstruktion unmöglich gemacht werden soll; 2. eine Bestimmung, daß das Budget innerhalb einer gewissen Frist erledigt werden muß; 3. gewisse Geldstrafen für die Renitenz von Abgeordneten. Im Falle einer protokollarischen Rüge wird dem Abgeordneten eine Geldbuße von 100 Kronen, im Falle der Ausschließung für jeden Tag der Ausschließung 20 Kronen, und für den Fall, daß der ausgeschlossene Abgeordnete das Reichstagsgebäude betritt, 500 Kronen Buße auferlegt. — Die in ihrer Freiheit bedrohte Parlamentsminderheit dürfte ihre Rechte hartnäckig verteidigen.

England.

Die Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat haben unter schwacher Beteiligung der Wählerschaft und des Publikums stattgefunden. Das Resultat ist ein entscheidender Sieg für die Munizipalreformer (Konservative), obschon es nur wenig an der Zusammensetzung des Grafschaftsrats geändert hat. Die Zusammensetzung des bisherigen Grafschaftsrats war wie folgt: 60 Munizipalreformer, 55 Progressive (Liberale), 3 Arbeitervertreter. Der neue Grafschaftsrat wird dagegen folgendermaßen zusammengesetzt sein: 67 Munizipalreformer, 50 Progressive und ein Arbeitervertreter.

Das Ergebnis dieser Wahlen wird sein, daß das korrupte Gemeinderegiment der Munizipalreformer London auch für die folgenden drei Jahre beherrschen wird. Ihr Schlagwort: „Hütet den Steuersäckel," hat eine größere Anziehungskraft auf die Stadtphilister geübt, als alle Reden der Progressisten und der Arbeitervertreter. Es war auch nicht möglich, die Apathie der Massen für die Gemeindewahlen zu brechen. Eine Rolle hat ohne Zweifel auch der Umstand gespielt, daß die herrschenden Munizipalreformer diesmal die Wahlen auf einen Donnerstag, statt wie üblich, auf einen Sonnabend anberaumten, um den Arbeitermassen die Teilnahme noch zu erschweren.

Besonders schlecht haben auch die Kandidaten der Arbeiterpartei und der Sozialisten abgeschnitten. Die Arbeiterpartei wird nunmehr nur einen Vertreter im Stadtparlament haben und zwar eine Frau, Susan Lawrence. Der bisherige Vertreter von Lambeth, Genosse Frank Smith, ist mit geringer Mehrheit unterlegen. Ebenso ist das Mandat des zurücktretenden Lansbury in Bow and Bromley, um das sich diesmal ein Kandidat der B. S. P. bewarb, an die Munizipalreformer verloren gegangen.

Frankreich.

Der Kampf gegen die Rüstungen ist von der Sozialistischen Partei mit großen Nachdruck aufgenommen worden. Das deutsch-französische Manifest ist, wie man uns aus Paris mitteilt, in 15 000 Exemplaren als Plakat und in 200 000 Exemplaren als Flugblatt zweisprachig an die Organisationen verschickt worden. Zugleich wird das Erscheinen von zwei Broschüren angekündigt: Die deutschen Sozialisten und der Militarismus von J. Lonquet und Die Nationalmilizen von Major Rossel, dem militärischen Mitarbeiter der Humanité. Der Verwaltungsausschuß der Partei fordert die Organisationen auf, sofort überall Protestmeetings zu organisieren. Die sozialistische Kammerfraktion beschloß, einen Antrag einzubringen, dahingehend, die Regierung aufzufordern, zwecks gleichzeitiger und proportionneller Einschränkung der Rüstungen mit den europäischen Staaten in Unterhandlungen einzutreten. Weiter wurde Genosse Vaillant autorisiert, im Namen der Fraktion einen Antrag auf Umwandlung der Armee in Nationalmilizen einzubringen.

Auch im Pariser Gemeinderat wurde über die neue Militärvorlage diskutiert. Bemerkt sei, daß im Pariser Gemeinderat infolge einer veralteten Wahlkreiseinteilung, die einer Minorität die Mehrheit sichert, Zentrum und Rechte herrschen. Auf Antrag eines Mitgliedes der Mehrheit, wurde über eine Resolution zugunsten der dreijährigen Dienstzeit abgestimmt. Die Resolution wurde mit 36 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Radikalen und unsere Genossen stimmten dagegen. Ein Antrag unserer Genossen, die Kosten den Wohlhabenden aufzubürden, wurde mit 39 Stimmen angenommen. Die vorher so begeisterten Patrioten enthielten sich vorsichtig.

Die sozialradikale Kammergruppe, die 150 Mitglieder zählt, beschloß, zwei Kommissionen zu wählen, wovon die eine die Mittel prüfen soll, um die Kosten der Militärvorlage auf die Reichen abzuwälzen, die andere die Vorlage selbst. Der zweiten Kommission gehört u. a. der Abg. General Pedoya an, ein Gegner der dreijährigen Dienstzeit.

Die Wahlreformvorlage im Senat. Der Rüstungstaumel hat die Wahlreformvorlage etwas in den Hintergrund gedrängt, und doch spielen sich gegenwärtig im Senat entscheidende Dinge ab. Der Berichterstatter der Kommission, Jeanneney, hat dieser Tage seinen Bericht fertiggestellt, der genau zu den gegenteiligen Schlußfolgerungen kommt, als sie im Kammerentwurf enthalten sind. Während sich die Kammer für eine Vertretung der Minoritäten auf Grund des Proporzes ausgesprochen hatte, bestimmt der erste Artikel des Entwurfs

---

43]

Die Getreidebörse. (Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

So konnte Jadwin zum Beispiel ganz außerordentlich unbeständig sein. War er einmal auf eine gewisse Beschäftigung oder ein Vergnügen erpicht, oder stellte er bestimmte Verhaltungsmaßregeln auf, die für den Augenblick nicht ganz raisam schienen, so waren die scharfsinnigen Entschuldigungen, die er zu seiner Rechtfertigung beibrachte, wahrhaft denkwürdige Beispiele vollendetster Spitzfindigkeit. Verlor er später das anfangs gezeigte Interesse, so drehte er seine Beweisgründe um mit einer vollständigen Mißachtung alles dessen, womit er sie vorher bekräftigt hatte.

Ferner hatte er auch ein kindliches Vergnügen an gewissen Steckenpferden und spielerischen Beschäftigungen, denen er sich im Uebermaße ergab; dabei vernachlässigte er andre Angelegenheiten, ja selbst Pflichten, die unbestreitbar wichtiger waren.

Eines dieser Steckenpferde war die „Thetis". In jeder nur denkbaren Hinsicht war die kleine Dampfjacht bis auf den letzten Bolzen, den letzten Lacküberzug das Vollkommenste in ihrer Art. Aber Jadwin, der während der Sommerferien lieber die Vollendung seiner Gartenanlagen hätte beaufsichtigen sollen — ein Geschäft, das er keinem Untergebenen überlassen konnte — war immer wieder an Bord der „Thetis" zu finden, wo er, ohne Hut und in Hemdsärmeln, die ernstesten Erörterungen mit dem graubärtigen Mac Kenny pflog und — einen Putzlappen, einen Schraubenschlüssel oder einen Anstreicherpinsel in der Hand — unaufhörlich an dem Boote schraubte, wischte oder malte. Reich, wie er war, hätte er sich für das Schrauben, Schrubben und Scheuern eine ganze Schiffsmannschaft halten können. Davon aber wollte Jadwin nichts wissen. „Das kostet zuviel," pflegte er mit dem größten Ernste zu erklären. Als Self-made- (durch eigene Kraft zu etwas geworden) Amerikaner wußte er mit Handwerkszeug und Anstreichpinseln umzugehen. In der Mittagsstunde und unter einer mörderischen Sonne machte er sich das kindliche Vergnügen, vom Hause bis zu dem Dock zu wandern, an dem die Thetis vertäut war, um einen Bolzen anzuziehen, der nicht angezogen zu werden brauchte; oder er wachte nachts auf und erzählte Laura, daß er auf eine neue großartige Idee hinsichtlich der Ausrüstung und Verschönerung der Jacht verfallen wäre. Er hatte sich gegen den Luxus einer „Mannschaft" verwahrt, aber die Summen, die er ganz unnötigerweise auf Säubern und Putzen, auf Neuausrüstung und Neuanstrich, auf fachmännische Untersuchungen und neue Ballastverteilung ausgab, und die hingereicht hätten, ein Dutzend Matrosen ein ganzes Jahr lang zu unterhalten, sagten selbst Laura einen Schrecken ein.

Dieselbe Wunderlichkeit zeigte sich auch in anderer Weise. In allen geschäftlichen Angelegenheiten war Jadwin ausnehmend sparsam. Er bemäkelte jeden zu viel berechneten halben Dollar; er unterzog sich einer tatsächlichen Unbequemlichkeit, um zehn Cent zu sparen, und hat sich noch etwas darauf zugute. Aber keine Ausgabe war ihm zu hoch, keine Zeit zu kostbar, wenn es Barsch zu angeln galt. Jadwin war ein leidenschaftlicher Angler. Laura, die in der Stadt früh aufstand, liebte es, auf dem Lande lange zu schlafen, und pflegte auch während der Mittagshitze zwei Stunden zu schlummern. Jadwin benutzte diese Zeiten, um seinen Lieblingssport zu treiben. Mochte das Wetter am frühen Morgen noch so ungünstig sein, seine Angelschnuren waren schon um fünf Uhr im Wasser, und selbst beim heißesten Sonnenbrande versuchte er zwischen den Baumstumpfen und im Röhricht des Ufers sein Glück.

Es war dies das einzige Vergnügen, das er nicht mit seiner Frau teilen konnte. Laura fand die langsame Bewegung des Bootes, die ergebnislos verbrachten Stunden, die erzwungene Untätigkeit, den unbequemen engen Sitz unerträglich. Nur hin und wieder konnte Jadwin sie dazu bewegen, daß sie ihn begleitete. Und welche Vorbereitungen wurden dann getroffen! Für die Königin Elisabeth, die sich auf ihrer Staatsbarke einschiffte, konnten keine größeren Umstände gemacht worden sein. Mac Kenny, der zuweilen als Ortskundiger und Ruderer mitgenommen wurde, und Jadwin erschöpften ihre ganze Erfindungsgabe, damit Laura es möglichst bequem haben sollte. Eifrig verhandelten sie miteinander: „Glauben Sie, daß fie's so mögen wird?" „Wäre das nicht bequemer für sie?" „Hat fie's das letztemal so gemocht?" Jadwin legte die Kissen für sie zurecht, breitete den Teppich über den Boden des Bootes, suchte ihre alten Handschuhe, half ihr ins Boot, köderte ihren Haken, entwirrte ihre verwickelte Angelschnur, sorgte dafür, daß das Mineralwasser im Eiskasten genügend kalt war, und unterzog sich einer Menge kleiner Dienste und Handreichungen, einzig und allein deshalb, damit Laura ihr Behagen und Vergnügen haben sollte. Aber es war alles vergebens, und schließlich erklärte Laura: „Lieber Curtis, es hat keinen Zweck. Du opferst mir dein ganzes Vergnügen, um es mir bequem zu machen — um mir eine Freude zu bereiten, und ich hab' wirklich keinen Spaß dran. Es tut mir so leid, weil ich doch jedes Vergnügen mit dir teilen möchte, aber Angeln macht mir kein Vergnügen und wird's mir auch nie machen. Angle du allein. Ich bin dir dabei nur im Wege." Und obgleich er es zuerst nicht wahr haben wollte, setzte Laura doch ihren Willen durch.

Während dieser drei Jahre hatten die beiden auch eine Auslandsreise gemacht. Aber Lauras Erfahrungen in England — sie gingen nicht hinüber nach dem Kontinent — bereiteten ihr eine Enttäuschung. Die Museen, Gemäldegalerien und Kathedralen interessierten Jadwin nicht im geringsten; obgleich er seiner Frau gleichmütig und ohne Murren überallhin folgte, merkte sie doch, wie unglücklich er sich fühlte. Laura richtete es daher ein, daß sie drei Monate vor der bestimmten Zeit nach Hause zurückkehrten.

Während ihres Aufenthaltes in England hatten sie eine Menge Bilder und anderer Kunstwerke für ihr Haus auf der Nord-Avenue gekauft; Lauras Kummer über die verkürzte Europareise wurde gemildert durch die Vorfreude, die sie bei dem Gedanken empfand, sich in ihrem neuen Heim endlich häuslich einrichten zu können. Gleich nach der Hochzeit war das noch nicht möglich gewesen. Fast zwei volle Jahre hatten Bauunternehmer, Architekten, Zimmermaler, Tapezierer und Gärtner in Haus und Garten ihr Wesen getrieben. Laura und ihr Mann wohnten, wenn sie sich in Chikago aufhielten, im Hotel; das ehemalige Pfarrhaus auf der Staatsstraße war Page und Tante Weff überlassen worden.

Als Laura endlich Besitz von ihrem neuen Heime ergriffen hatte, war sie, nachdem der erste Freudenrausch über seine Pracht verflogen war, nicht so ganz befriedigt davon, wiewohl sie sich das Gegenteil einredete. Außen war alles so, wie sie es sich nur wünschen konnte. Die Vorderseite des Hauses war dem Lincoln-Park zugekehrt; von allen Fenstern aus hatte man die herrlichsten Ausblicke auf grüne Baummassen, weite Rasenflächen, den Paradeplatz, das Lincoln-Denkmal, auf Gesträuchgruppen, gutgehaltene Fahrwege, Blumenbeete und Springbrunnen. Von dem großen Erkerfenster ihres Wohnzimmers aus konnte Laura weit über den Michigansee blicken und die großen, mit reichen Weizenernten bis zur Wasserlinie beladenen Dampfer von Milwaukee, vom fernen Duluth und Sault Sainte Marie auf ihrem Wege nach der Mündung des Chikagoflusses majestätisch vorüberziehen sehen. Wenn bei warmem Wetter nachts die Fenster offen waren, hörte sie das einförmige Rauschen und Klatschen der Wellen gegen die Kaimauer.

Ein herrlicher Garten umgab das Haus. Der Stall war anderthalbmal so groß als das alte Heim Lauras gegenüber der Sankt-James-Kirche. Das Gewächshaus, ein großer Kuppelbau aus grünem Glase, war ihr ganzes Entzücken; Winter und Sommer lieferte es Unmassen von Blumen zur Ausschmückung des Hauses — Veilchen, Maiblumen, Jonquillen, Hyazinthen, Tulpen und die von Laura so geliebten Rosen.

Das Innere des Hauses aber war — zum Teile wenigstens — nicht recht nach ihrem Sinne. Jadwin hatte sofort nach der Verlobung das Haus gekauft und dessen Einrichtung Fachleuten der Raumkunst überlassen. In der besten Absicht, seine Frau zu überraschen, hatte er sich gesagt, daß Laura nicht ihre Last mit Palmen und Wählen haben sollte. Glücklicherweise waren die Raumkunstler Leute von Geschmack. Sie erzielten im Speise- und Frühstückszimmer, in den Salons, in Wohn- und Schlafgemächern Wirkungen, an denen nichts auszusetzen und vieles sehr erfreulich war. Aber Laura konnte, obwohl all das Schöne sie entzückte, nie das Gefühl loswerden, daß die ganze Herrlichkeit ihr nicht recht eigentlich gehörte. Die Pracht der kostbaren, gemaserten Hölzer und der in ihrem Farbenzusammenklange fein abgetönten Möbel- und Vorhangstoffe, die Mannigfaltigkeit der allen möglichen Zwecken dienenden elektrischen Schalter und Taster, die vielen auf die größtmögliche Bequemlichkeit abzielenden maschinellen Vorrichtungen machten auf sie den Eindruck des hergebrachten banalen Luxus und „Komfort" eines Pullmann (Pullmannscher Schlaf- oder Salonwagen).

Doch hatte sie noch rechtzeitig eingegriffen, um einige Räume die Bibliothek, ihr Schlafzimmer und ganz besonders das Gemach, von diesen Erkerfenster sie den Ausblick auf den See hatte, und das, als ob sie noch in ihrem alten Heim weilte, das „obere Wohnzimmer" von ihr genannt wurde, nach ihrem Geschmack eingerichtet. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0002

der von Jeanneney vertretenen Kommissionsmehrheit des Senats, daß die Wahlen einfach wie bisher auf Grund der Mehrheit erfolgen. Die Minderheit hat sofort ein von einundsechzig Senatoren unterzeichnetes Gegenprojekt eingebracht, daß die Hauptprinzipien des Kammerentwurfs wieder enthält. Die Wahlrechtsfrage wird also auch zu harten Zusammenstößen unter den „alten Herren" des Senats führen.

Die Gehälter der Volksschullehrer sind auf Antrag der sozialistischen Kammerfraktion um 50 Millionen Frank jährlich erhöht worden. Das Gehalt der Lehrerinnen wurde um 400 Frank, das der Lehrer um 800 Frank erhöht. Im ersten Jahre beträgt die Erhöhung 100 Frank, um dann steigend 400 resp. 800 Frank innerhalb fünf Jahren zu erreichen. Diesen Erfolg verdanken die französischen Lehrer vor allem der energischen Tätigkeit in ihren Organisationen.

Belgien.

Der Rüstungstaumel hat auch Belgien erfaßt. Nach Meldungen aus Brüssel hat am Sonnabend nacht unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat stattgefunden, der sich nicht bloß mit der Inlandskrise, sondern auch mit Belgiens Stellung in der Weltlage beschäftigte. Nach der Inpendance Belge kündigt der belgische Generalstab eine Verstärkung der Streitkräfte an der belgischen Grenze um ein ganzes Armeekorps an.

Aus der Partei.

Internationale Kampfesgemeinschaft.

Aus England.

Man schreibt uns aus London: Der zu Ostern stattfindenden Jahreskonferenz wird die Gewerkschaftskommission der J. L. P. folgende Resolution vorlegen:

„Diese Konferenz sendet unsern Genossen in Frankreich und Deutschland ihre Grüße und beglückwünscht sie zu dem entschlossenen Kampfe, den sie gegen die Politik der kapitalistischen Regierungen, die die Rüstungen vermehren, die stehenden Heere vergrößern und die Dauer der Wehrpflicht verlängern wollen, führt."

Aus Italien.

Das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel erhielt folgenden Brief: Die Leitung der italienischen sozialistischen Partei lobt die von der deutschen und französischen Sozialdemokratie unternommene Bekämpfung der Bourgeoisie der beiden Länder, welche die Bewaffnung der beiden Länder zu einer nicht mehr zu ergründenden Höhe herbeizuführen wünscht. Diese Verbrüderung gibt uns einen herrlichen und schlagenden Beweis der Brüderlichkeit der internationalen Proletariermasse. Die Leitung der italienischen Partei wünscht, daß das Brüsseler Bureau eine Kampagne beginnt, um die Sozialisten aller Länder an der Tätigkeit der deutschen und französischen Sozialdemokratie teilnehmen zu lassen, da alle Staaten bereit sind, Deutschland und Frankreich in der Bewaffnung zu folgen. Dieser Kampf wird, außer, daß er die Brüderlichkeit der Arbeiter beweist, eine praktische Anwendung der Baseler Kongreßbeschlüsse sein. Wir müssen verhindern, daß die Bewaffnung der Völker in dieser Weise fortschreitet, gleichviel um etwa einen Krieg zu führen, oder aber um das Proletariat zu bekämpfen. Die italienische Parteileitung.

Konsequente Wahltaktik.

Bei der Landtagsersatzwahl in Teltow-Beeskow-Wilmersdorf werden sich die sozialdemokratischen Wahlmänner entsprechend einem Beschluß der Generalversammlung des Kreises nicht an der Abgeordnetenwahl beteiligen. Diese Taktik ist der Partei aufgenötigt durch das Verhalten des Freisinns, der sich durch sein Bündnis mit den Nationalliberalen ein „kaudinisches Joch" aufgerichtet hat. Der Freisinn will und darf der Sozialdemokratie keinerlei Gegenleistungen gewähren und deshalb hat auch die Sozialdemokratie keine Veranlassung, den Freisinn herauszuhauen. Wenn bei dieser wie bei den kommenden allgemeinen Landtagswahlen die Reaktion glänzende Geschäfte macht, so verdankt sie das dem fortschrittlich-nationalliberalen Bunde.

Die Sozialversicherung in England.

Am 15. Januar begannen die Leistungen auf Grund des Lloyd Georgeschen Arbeiterversicherungsgesetzes. Wie man dieses Gesetz auch beurteilen möge, darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben, daß es das soziale Leben Englands und vor allem der englischen Arbeiterklasse mächtig beeinflussen wird.

Lloyd George hat als Urheber des Gesetzes aus Anlaß des Beginnes der vollen Wirksamkeit der Reform gewisse Aeußerungen über deren gegenwärtigen Stand getan, die Beachtung verdienen. Er erklärte in einem Interview, daß er nach den ersten Erfahrungen, die mit der Arbeiterversicherung in Deutschland gemacht worden seien, auf eine kurze Periode der Unpopularität des Gesetzes durchaus gefaßt war. Heute gebe es in ganz Deutschland keine verantwortliche Persönlichkeit unter Arbeitgebern oder Arbeitern, der es auch nur im Traume einfiele, die Widerrufung der Arbeiterversicherung zu fordern.

Die Beiträge in Deutschland, erklärte Lloyd George, sind sowohl für Arbeiter wie für Arbeitgeber doppelt so hoch als in England. Das sei auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens ist in Deutschland die Altersrente in der Versicherung inbegriffen, so daß die Beitragleistenden für die schwerste Last der Versicherung, die ihr der Lebensabend der Versicherung aufbürdet, aufzukommen haben. In England ist die Altersrente eine von der Versicherung gesonderte Leistung, für deren Kosten der Staat ganz allein aufkommt, so daß die Last der Versicherung schon beim 70. Lebensjahre aufhört. Der zweite Grund ist, daß trotz dieser ungleich geringeren Belastung der Beitragleistenden der Zuschuß des Staates zur eigentlichen Kranken- und Invalidenversicherung in England dreimal so groß ist als für die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung in Deutschland zusammengenommen.

Ueber den Fortschritt der Versicherung seit dem Beginn der Beitragsleistungen am 15. Juli 1912 äußerte sich Lloyd George mit der größten Genugtuung. Alles sei überraschend glatt abgelaufen, 13—14 Millionen Bürger seien innerhalb sechs Monaten mit einer Leichtigkeit „für Gesundheitszwecke mobilisiert worden", die der Organisationsfähigkeit des englischen Volkes das beste Zeugnis ausstellt.

Auch mit der Erledigung der Aerztefrage erklärte sich Lloyd George zufrieden; die ärztliche Behandlung werde vom ersten Tag überall glatt von statten gehen.

Großes Lob zollte Lloyd George den lokalen Versicherungsausschüssen. Sie seien durchwegs „demokratisch", d. h. Arbeitervertreter haben einen maßgebenden Einfluß in ihnen, sie haben bisher mit der größten Eintracht mit den lokalen Vertretungskörperschaften zusammengewirkt und werden es zweifellos auch mit den Aerzten tun. Das Gesetz gibt ihnen weite Befugnisse in Fragen, wie die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Krankheit und gesundheitsschädliche Bau- und Wohnungsverhältnisse, und sie werden in Zukunft ohne Zweifel einen mächtigen Einfluß auf die Volksgesundheit ausüben.

Den größten Vorteil des Gesetzes sieht Lloyd George darin, daß es zum erstenmal eine vollständige Organisation des englischen Volksgesundheitswesens schafft. „Die Erfahrungen, die wir durch die Beobachtungen und Aufzeichnungen der Aerzte durch Statistiken usw. sammeln werden, werden uns ermöglichen, für die Beseitigung vieler Uebel zu wirken, die die Volksgesundheit schädigen, wie schlechte Wohnungsverhältnisse, Unterernährung, Alkohol und ähnliche Mißstände."

Sehr interessant sind einige Ausführungen, die Mr. Masterman, der Adjutant Lloyd Georges, im Unterhause und Vorsitzender der zentralen Versicherungskommission, macht. Es bestehen jetzt 20 000 genehmigte Versicherungsvereine und 300 Versicherungsausschüsse, die ohne Bezahlung arbeiten. Bisher sind 13 Millionen Arbeiter versichert und die bereits eingezahlten Beiträge belaufen sich auf 5 Millionen Pfund Sterling.

Masterman gibt zu, daß in den ersten Wochen der Beitragserhebungen beträchtliche Unzufriedenheit unter den Arbeitern herrschte. Diese sei aber am 13. Oktober verschwunden, nämlich dem Tage, wo die Arbeiter ihre ersten vollgeklebten Versicherungskarten von ihrem Arbeitgeber zurückerhielten, um sie in ihrem Versicherungsverein abzuliefern. Da sah der Arbeiter, daß für jede 3 Pence, die er eingahlte, eine Marke im Werte von 7 Pence eingeklebt war, deren Wert ihm im Bedarfsfalle zur Verfügung stand.

Die Zahl der Postversicherten — die Arbeiter, die gar nicht versichert sind, sondern nur auf ihren tatsächlich eingezahlten Beitrag plus den ihres Arbeitgebers Anspruch haben — gibt Masterman auf 480 000 an. Und von diesen sei mindestens ein Drittel nicht aus Zwang, sondern freiwillig in die Postversicherung eingetreten.

Dieser letzte Punkt ist von der größten Wichtigkeit, da von der großen oder geringen Zahl der in die Postkasse gedrängten Versicherungsparias der ganze Wert des Versicherungsgesetzes abhängt. Die Regierung schätzte sie seinerzeit auf 880 000. Danach wäre der Erfolg günstiger als die Erwartungen. Aber dem gegenüber ist zu bemerken, daß eine erhebliche Zahl von Versicherungspflichtigen — insbesondere Heimarbeiter — überhaupt noch keine Beiträge gezahlt haben, und daß die meisten von diesen voraussichtlich der Postkasse beitreten werden. Ferner bleibt abzuwarten, wie viele von den 20 000 Versicherungsvereinen sich dauernd als zahlungsfähig erweisen werden bezw. wie viele von den Mitgliedern sich früher oder später genötigt sehen werden, der Postkasse beizutreten.

Eine Auskunft darüber, welcher Art diese 20 000 Versicherungsvereine sind und in welchem Verhältnis sich die Versicherten auf sie verteilen, liegt noch nicht vor. Auf Grund allgemeiner Beobachtungen würden wir ihre Mitgliedschaft etwa wie folgt einschätzen: Die alten Unterstützungskassen (Friendly Society) 7 Millionen Mitglieder, die Versicherungskassen der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften 4 Millionen und die Versicherungskassen der Gewerkschaften 1½ Millionen versicherungspflichtige Mitglieder.

Aus der Provinz.

Eilenburg. Gewerkschaftskartell. In der Kartellsitzung vom 7. März gab der Vorsitzende Genosse Heinmann bekannt, daß sich die Lagerhalter seit 1. Januar dem Handlungsgehilfen-Verband angeschlossen haben und demnach ist auch nun der Handlungsgehilfenverband in Eilenburg, der bis dahin nach Leipzig gehörte, dem Eilenburger Gewerkschaftskartell angeschlossen. In der vorigen Kartellsitzung war der Vorsitzende beauftragt worden, betreffs der Garderobeangelegenheit mit dem Verband der freien Gastwirte Rücksprache zu nehmen und gab nun jetzt einen Bericht, der dahin ging, daß die Saalinhaber auch jetzt noch den Standpunkt vertreten, den vom Gewerkschaftskartell gefaßten Beschlüssen nicht beitreten zu können. Ferner ist dem Verband der Gastwirte anheimgestellt worden, die Konsequenzen zu ziehen und lieber aus dem Gewerkschaftskartell auszutreten. Trotzdem die Saalinhaber versprochen hatten, der heutigen Sitzung beizuwohnen, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen, war keiner, ja nicht einmal der Delegierte anwesend. Das Kartell faßte nun den Beschluß, so lange keine Gewerkschaftsvergnügen zu veranstalten, bis diese Angelegenheit gemeinsam geregelt ist. (Damit soll aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die Lokalitäten bei sonstigen Veranstaltungen zu meiden sind.) Die nächste Kartellkonferenz findet in Sangerhausen statt. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, für nächsten Herbst und Winter folgende Veranstaltungen zu treffen: ein Konzert, zwei Lichtbildervorträge und zwei Rezitationsabende. Der Eintrittspreis beträgt für das Konzert 40 Pfg., Lichtbildervorträge 20 Pfg. und für die Rezitationsabende 15 Pfg. Für die fünf Veranstaltungen zusammen sollen Abonnementskarten zum Preise von 50 Pf. ausgegeben werden. Ferner gibt der Vorsitzende bekannt, daß der diesjährige Jugendtag an den beiden Pfingstfeiertagen in Eilenburg abgehalten wird. Es erwächst der Eilenburger Arbeiterschaft demnach die Pflicht, die jungen Leute für die eine Nacht in Eilenburg zu beherbergen. Eine vorangegangene gemeinsame Funktionärsitzung hat beschlossen, die Bezirksführer mit dieser Angelegenheit zu betrauen. Es müsse sich jeder einzelne zur Pflicht machen, den damit betrauten Genossen bei der Wohnungssuche behilflich zu sein. Die Bauarbeiter glaubten sich berechtigt, für die auswärts wohnenden Mitglieder dem Kartell keine Beiträge abzuführen und bezahlten nur für die am Orte ansässigen. Ein vor sieben Jahren gefaßter Kartellbeschluß ist dem Verlangen beigetreten. Eine nochmalige Prüfung führte zu dem Resultate, daß künftig auch für diejenigen Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, welche nicht in Eilenburg wohnen, Kartellbeiträge zu bezahlen sind. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die jetzige Bewirtschaftung im Tivoli. Wenn auch verschiedene Umstände mitsprechen, liege doch zum größten Teil die Schuld der heutigen Unrentabilität an der Bewirtschaftung. Angeregt wurde noch, die Arbeitsnachweisfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Sangerhausen. Ein Prozeß über die Wasserfrage hat die Stadt Sangerhausen gegenwärtig durchzufechten und es steht wohl schon heute fest, daß eine längere Zeit verstreichen dürfte, ehe eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit getroffen wird. Es handelt sich um einen Prozeß gegen die Kontinentale Wasserwerks-Gesellschaft in Berlin. Die genannte Gesellschaft hat die Wasserversorgung mehrerer Ortschaften im Mansfelder Gebirgskreis übernommen und will zu diesem Zweck das Wasser aus der sogen. „Pfaffenfahrt" bei Emseloh abfangen. Sie will ferner große Pumpwerke anlegen, um das Grundwasser zu heben. Vom Regierungspräsidenten in Merseburg wurde der Gesellschaft die Genehmigung hierzu erteilt. Die hiesige Stadtbehörde hat gegen die Maßnahme der Gesellschaft Einspruch erhoben und die Besitzstörungsklage eingereicht. Sie glaubt, daß durch das Abfangen des Wassers die für die hiesige Wasserversorgung notwendigen Quellen versiegen und die Teiche des Rosarioms trocken gelegt werden. Vorige Woche fand vor der 8. Zivilkammer des Nordhäuser Landgerichts ein Termin statt, der sich mit dieser Sache beschäftigte. Der Vertreter der Gesellschaft, Justizrat Nebe-Nordhausen, beantragte Abweisung der Klage, weil die Gesellschaft nur die Grundwässer in Anspruch nehmen wolle und dazu habe sie ein gesetzliches Recht. — Der Rechtsbeistand der Stadt, Justizrat Witte-Nordhausen, machte geltend, daß hierbei nicht das gesetzliche, sondern das vertragliche Recht, das auf „ewige Zeit" für die Gemeinde Sangerhausen bestehe, in Betracht komme. — Das Gericht beschloß: Die Akten über die Wasseranlagen von der Regierung in Merseburg und vom Kreisausschuß in Sangerhausen einzuholen. Ein neuer Termin wurde für den 25. April d. J. anberaumt.

— Bildungsausschuß. Dienstag, den 11. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß in der Schweizerhütte seine letzte Veranstaltung in diesem Winter, und zwar einen Liederabend zur Laute von Elsa Kolmann-Charlottenburg und unter Mitwirkung der Bloßfeldschen Kapelle. Leider muß konstatiert werden, daß unsere ganzen Veranstaltungen in diesem Jahre schlecht besucht waren, was von den gegnerischen Veranstaltungen nicht zu konstatieren ist. Die Eintrittspreise sind so niedrig, daß es jedem der zirka 1000 Organisierten möglich ist, wenigstens eine Veranstaltung zu besuchen. Wir hoffen, daß die letzte Veranstaltung einen zahlreichen Besuch aufweist.

— Eine Kindesleiche, etwa im sechsten Monat der Entwicklung stehend, wurde im Mühlgraben aufgefunden. Die Leiche war in einer Zigarrenkiste verpackt und mit einem Handtuch eingewickelt. Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange.

— Glück und Glas — wie leicht bricht das. Ein arges Mißgeschick passierte am Sonnabend morgen beim Neubau des Kaufmanns Weniger in der Göpenstraße. Als man eine Kiste mit acht großen Schaufensterscheiben im Werte von 2300 Mark abladen wollte, kam die Kiste zu Fall und sämtliche Scheiben gingen in Trümmer.

Brücken. Ist eine Organisation der Landarbeiter notwendig? Diese für die freien Gewerkschaften längst entschiedene Frage behandelte in einer Versammlung des hiesigen evangelischen Arbeitervereins der bekannte große Arbeitervereinsstrategen Ferdinand Waldmann aus Sangerhausen. In großzügigen (?) Vorträge — so berichtet wenigstens die bürgerliche Presse — bejahte W. die Notwendigkeit der Organisation im Sinne der evangelischen Arbeitervereine. Demnach wollen die „Wirtschaftsfriedlichen" ihre Fühler nunmehr auch nach den Landarbeitern ausstrecken. Protektoren für ihre Sache sind ja auf dem Lande genügend vorhanden. Vorsitzender des Brückener Arbeitervereins ist zum Beispiel Oberleutnant Hertzer. An anderen Orten sind es die Ortsgeistlichen usw. Und da will man denn den Landarbeitern erzählen, daß ihre Interessen in guten Händen ruhten. Es sind doch kuriose Leute, diese Arbeitervereinsstrategen.

Voigtstedt. Austrägerin gesucht. Zum 1. April wird für Voigtstedt eine Austrägerin für das Volksblatt gesucht. Meldungen sind an die Parteileitung oder an die Expedition des Volksblattes in Halle zu richten.

Heeringen. Der Bürgermeister erschossen. Selbstmord durch Erschießen beging am Sonnabend der Bürgermeister unserer Stadt, Herschenz, welcher wegen Krankheit schon längere Zeit vom Amte dispensiert war. Das Motiv zu der Tat ist vorläufig noch unbekannt.

Wittenberg. Erwerbt das Bürgerrecht! Der Magistrat fordert laut Bekanntmachung alle diejenigen Personen, welche bis zum 5. März nicht in den Besitz einer Aufforderung zur Zahlung des Bürgerrechtsgeldes gelangt sind, sich aber zum Erwerb des Bürgerrechtes für berechtigt halten, auf, sich bis zum 15. März in der Stadtschreiberei zu melden. Das Bürgerrecht erwirbt jeder selbständige Preuße, wenn er seit einem Jahre Einwohner des Stadtbezirks ist und zur Stadtgemeinde gehört, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt und außerdem entweder ein Wohnhaus im Stadtbezirk besitzt, oder ein stehendes Gewerbe als Hauptverdienstquelle mit wenigstens zwei Gehilfen selbständig betreibt, oder zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mk. herangezogen wird. Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre ein jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat.

Halberstadt. Drei Mörder zum Tode verurteilt. In der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Handelsmann Knobel und die Arbeiter Stefan und Wilhelm Sokolowski wurde am Sonnabend abend nach viertägiger Verhandlung das Urteil gesprochen. Alle drei Angeklagten, die beschuldigt sind, am 25. November 1912 in Gröningen den Knecht Albert Behrens ermordet und in die Bode geworfen zu haben, wurden zum Tode und zum dauernden Verlust der Ehrenrechte verurteilt.

Liebenwerda. Von seinem Lehrmeister ins Unglück gestürzt. Die Torgauer Strafkammer hatte am 9. November v. J. den 17jährigen Zimmerlehrling Emil Bischof wegen Meineids zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der junge Mensch unter dem Drucke seines Lehrherrn, des Zimmermeisters Karl Nachtweide in Beuterritz, vor dem Amtsgericht Liebenwerda eine falsche, dem Meister günstige Aussage gemacht hat. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die indessen vom Reichsgericht als unbegründet verworfen worden ist. Und der Meister, der seinen Lehrling wegen einer Kleinigkeit Zeit seines Lebens unglücklich machte, der geht natürlich weiter als braver Patriot einher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0003

Steg Nr. 1 **B. Herker,** Steg Nr. 1

Halle (Saale), gegenüber der Glauchaischen Kirche,

Spezial-Geschäft für feinen Damenputz,

beehrt sich hierdurch den

Eingang sämtlicher Frühjahrs-Neuheiten

ergebenst anzuzeigen.

6817 **Grosse Auswahl neuester Modelle steht zur gefl. Ansicht.**

Sozialdemokratischer Verein
Halle-Saalkreis.
Wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge

für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und deren Angehörige über das Thema:

Das Wirtschaftsleben der Gegenwart mit seinen ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit,

gehalten von Frau **Alma Wartenberg**-Hamburg.

Die Reihenfolge der Vorträge ist folgende:

Für **Halle:**

Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im **Volkspark,** Burgstraße 27.

Für **Böllberg-Wörmlitz:**

Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, im **Gasthaus zu Wörmlitz.**

Für **Nietleben-Zscherben:** 6673

Freitag, d. 14. März, abends 8 Uhr, im **Gasthaus z. Sonne, Nietleben.**

Für **Halle:**

Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, in den **Glauchaer Ballsälen.**

Die weiblichen wie männlichen Mitglieder der obigen Distrikte werden ersucht, recht zahlreich zu diesen Vorträgen zu erscheinen. — Gäste haben Zutritt.

Das Rauchen wird nicht gestattet.

Eintrittskarten à 20 Pf., sind bei den **Funktionären,** für Halle außerdem im Parteisekretariat, Harz 42/43, zu haben. **Der Vorstand.**

Pflaumen-Mus

in neuen guten Gefäßen

br. ca. 10 Pfd.	Emaille-Eimer	M.	2.—
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf	„	2.20
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Eszenträger	„	2.30
„ „ 28 „	Emaille-Eimer	„	4.55
„ „ 28 „	Emaille-Wanne	„	5.80
„ „ 56 „	Emaille-Wanne	„	10.25
„ „ 34 „	Em.-Küchenschüss.	„	6.75
„ „ 19 „	Em.-Schmortopf	„	4.50
„ „ 34 „	Em.-Schmortopf	„	6.75

Wirklich guter Kunsthonig

br. ca. 10 Pfd.	Emaille-Eimer	M.	2.50
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf	„	2.70
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf	„	2.80
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne	„	2.80
„ „ 34 „	Emaille-Eimer	„	7.80
netto 50 „	Holzkübel	„	12.25

Versand ab Magdeburg unfr. geg. Nachnahme.

B. Henkelmann, Magdeburg 96

*1969

Porzellan
billige Preise.

Teller	25	16	10 Pf.
Schüsseln, rund	65	35	22 Pf.
Tassen	28	22	15 Pf.
Milchtöpfe	50	32	15 Pf.
Kaffeekannen	1.25	85	55 Pf.
Bratenteller	1.10	85	40 Pf.
Saucieren	80	65	48 Pf.
Terrinen	3.00	2.50	1.90 M.
Kompottnäpfe	85	40	28 Pf.

C. F. Ritter

Halle (Saale), Leipzigerstr. 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

6820

Denkbar feinste

Pflanzen-Butter-Margarine 76 Pf.

bester Butter-Ersatz, vorzügl. Geschmack Pfund

Gute Ess-Margarine 64 Pf.

Pfund nur

Ia. Pflanzen-Butter 55 Pf.

blütenweiss 1 Pfund-Tafel

F. H. Krause.

16 Filialen. 6692

Zur Konfirmation

empfehle

Uhren

in vielhundertfach. Auswahl, jed. Stck. gewissenhaft geprüft u. abgezog., bad. richtig u. dauernd gehend.

Billig, reell und gut!

Moderner Schmuck,

Ringe, Broschen, Colliers,

Armbänder, Uhrketten etc. in grosartiger Auswahl billigst.

E. Radecke, Uhrmacher,

Steinweg 1. *6103

Rab.-Sp.-V. 5% Rab. Tel. 2576.

Im Konkursmasse-Ausverkauf

Max Jungblut,

Albrechtstrasse 37

kommen noch zu billigem Verkauf gegen Barzahlung:

Nussb. imit. Schränke, Vertikos, jetzt 40 Mk., Bettstellen, Waschtische, Nachttischchen, Tische, Stühle, Spiegel, Paneelbretter, Spiralbeziehg. etc.

Der Konkursverwalter:

*2503 **Ferd. Wagner.**

Klar auf der Hand

liegt es, daß Sie Fahrräder und Fahrradartikel nirgends günstiger kaufen können als bei *2045

Fahrradhandlung Hermann Jahn

neben Hotel Zum Wilhelm, dem Walhalla. Laufdecken, 1 Jahr Garantie, 4.90 Mark, Kaffeeschlauche, 1 Jahr Garantie, 3.35 Mk.

Soeben erschienen:

Wiener Märzzeitung

mit der Kunst-Beilage

„Die Antwort."

Preis 20 Pfennige. Preis 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (Saale),

Harz 42/43.

Bandwurm mit Kopf

Verschiedene Kuren habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles vergeblich; ich ließ mir daher Mr. Bandwurmmittel Bottmanns schicken, welches von prompter Wirkung war, und bringe Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank aus und werde bestimmt jeder, das Mittel weiter zu empfehlen. Hochachtungsvoll Emma Schöps, Kl.-Wachsen, im Mai 1912. Bottmanns Bandwurmkur 2,50 M. 1 Flsch. 1,50 M. ist erhältlich in den Apotheken

*20895

+ Frauen! +

Bei Störung u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **P. Bruno,** Oberdanzig (Rhld.) Friedenstr. 14. *2448

Rückpo. Auskunft kostenlos.

Morgen u. jeh. Dienstag 2405 **Gänseleber.** Jos. Fischer, Große Ofenstraße 30.

Jeden Dienstag **Gänse-Leber.** 2406 G. Grabner, Mansfelderstraße 3.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1912

Nr. 6.

Preis 10 Pf.

Gleichheit

Nr. 12.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung,

Harz 42/43.

Ein jahrelanger *2508

Flechten-Leidender

schreibt: „Alle bisher angewandten Seifen und sonstigen Mittel blieben ohne Erfolg. Durch den Gebrauch von 4 Stück Herba-Seife bin ich endlich von diesem Uebel befreit". Obermeyer's Medizinal Herba-Seife, von Aerzten begutachtet und empfohlen, 4 Stück 50 Pfg., 30% stärkeres Präp. Mk. 1.— zu haben in all. Apotheken, Drog., Parf.

Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.

— Transport frei Haus. —

Badewannen von 2 Mk. an, Waschwannen von 8 Mk. an, Waschkübel m. Deckel v. 4 Mk. an, Schöpfeimer, Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Schulzenhof 1, 6534 nicht am Markt.

— Gegründet 1880. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 59 Halle (Saale), Dienstag den 11. März 1913 24. Jahrg.

Die Friedensaussichten.

Die Lage am Balkan, die noch in den letzten Tagen einen baldigen Friedensschluß erhoffen ließ, scheint wieder eine Wendung zum Schlimmeren genommen zu haben. Aus der Tatsache, daß die Großmächte auf ihre Anfrage um Friedensvermittlung noch immer ohne Antwort sind, wird geschlossen, daß den Balkanstaaten an einer Vermittlung nicht viel gelegen ist. Weiter besteht die begründete Befürchtung, daß sie Bedingungen stellen werden, die anzunehmen die Türkei sich unter allen Umständen weigern wird. Namentlich die Frage der Kriegsentschädigung dürfte eine Verständigung sehr erschweren. Die türkische Regierung rechnet denn auch bereits mit dieser Wahrscheinlichkeit und der Weiterführung des Krieges. Einer Konstantinopeler Meldung der Berliner Morgenpost zufolge schwinden nach der in Pforte kreisen herrschenden Stimmung die Aussichten auf Frieden zusehends. Die Regierung werde der Kriegspartei und der in einem großen Teile des türkischen Offizierkorps herrschenden feindlichen Haltung um so mehr nachgeben müssen, als die türkischen Vorschläge von den Verbündeten nicht angenommen worden sein sollen. Sogar Mahmud Schewket Pascha sei unter diesen Umständen gegen einen Friedensschluß.

Auch in Wien und in Petersburg werden nach den dort eingetroffenen Berichten die Aussichten für die Eröffnung der Friedensverhandlungen sehr skeptisch beurteilt. Namentlich in Petersburg ist man der Auffassung, daß auch die allgemeine Lage auf dem Balkan wieder ernster geworden sei. Besonders der Fall der Festung Janina, und die Wahrscheinlichkeit, daß die Montenegriner von Friedensverhandlungen solange nichts wissen wollen, bis sie Skutari erobert haben, sind von wesentlichem Einfluß auf die ernstere Gestaltung der Dinge. Die Griechen wollen selbstverständlich Janina, und die Montenegriner Skutari (sobald sie es eingenommen haben, natürlich) für sich behalten, während Oesterreich und Italien diese beiden Städte dem unabhängigen Albanien zugedacht haben. Beharrt namentlich Oesterreich auf seinem Standpunkte, so wird das Verhältnis zwischen ihm und Serbien sofort wieder gespannter, und der Anlaß zu neuen Komplikationen ist gegeben. Es ist also noch reichlich Konfliktsstoff vorhanden, und er bedarf einer behutsamen Behandlung, wenn der Friede nicht von neuem gefährdet werden soll!

*

Die Auffassung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 9. März. Man glaubt in hiesigen politischen Kreisen, daß bei den Ansprüchen der Balkan-Delegierten die Intervention der Mächte keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, zumal die Türkei sich weigert, weitere Zugeständnisse zu machen und jede Kriegsentschädigung ablehnt.

Unstimmigkeiten zwischen den Balkan-Delegierten.

London, 9. März. Die Daily Mail sagt: Zwischen den Balkandelegierten scheinen Unstimmigkeiten ausgebrochen zu sein. Die Serben und Griechen werfen den Bulgaren vor, daß diese sich Landesteile aneignen wollen, welche sie nicht erobert haben, sondern von den Serben und Griechen. Die Differenzen sollen seit einigen Tagen einen akuten Charakter angenommen haben.

Konstantinopel, 9. März. Wie der offizielle Kriegsbericht meldet, bombardierte der Feind am 6. und 7. d. Mts. die Stadt Adrianopel. Das Artilleriefeuer war auf beiden Seiten nur schwach. Am 8. März herrschte bei Adrianopel Ruhe. — In Bulair wurde am 6. März ein wirksames Artilleriefeuer gegen ein feindliches Bataillon gerichtet, welches von Kurudschiflik gekommen war. Das Bataillon hatte zahlreiche Tote. — Bei Tschataldscha hat sich nichts Neues ereignet.

Kämpfe zwischen Albanern und Serben.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Uesküb gemeldet: Reisende, die aus dem Innern des Landes eintrafen, berichten von sehr blutigen Zusammenstößen zwischen der albanischen Bevölkerung und serbischen Truppen. In der Umgebung von Katschanik fanden Meyeleien statt, die einen größeren Umfang annahmen. Einzelheiten stehen zunächst noch aus.

*

Großmachtswahn und Hungersnot.

Aus Wien schreibt man uns: Anfangs November hat die Großmacht Oesterreich es für notwendig befunden, zur Erhöhung ihres Prestige an der serbischen und bald auch an der russischen Grenze Truppen anzusammeln. Obwohl die Absicht und die Tatsache einer Mobilisierung offiziell abgestritten wurde, stehen seit fast vier Monaten zweihundertausend Mann kriegsbereit an der Grenze. Zehntausende Familienväter wurden von Weib und Kind gerissen und müssen Wache halten, daß nur ja nicht etwa irgend ein Dorf, dessen Namen kein Oesterreicher bis dahin kannte, statt zu Albanien zu Serbien käme. Während die einberufenen Reservisten und Ersatzreservisten in unzureichenden Quartieren, oft nur in gesundheitsgefährlichen Notbaracken hungern und frieren müssen, während sie mit Paradedrill, Salutierübungen und Gewehrgriffen beschäftigt werden: sind ihre Familien daheim der Not und Verzweiflung preisgegeben. Die Industrie, die durch die Entziehung so vieler Arbeitskräfte schon schwer getroffen ist, die durch den Balkankrieg in eine tödliche Absatzkrise gestürzt wurde, ist durch die Stockung aller Geschäfte und durch die Kreditkrise an den Rand des Abgrunds geraten. Eben erst hatte die österreichische Industrie im vorigen Jahre begonnen, sich von den Wunden zu erholen, die die schlechte Konjunktur der früheren Jahre ihr geschlagen hatte, und die Arbeiter hatten noch an den Folgen des Elends der schlechten Konjunktur zu tragen, als die Beherrscher Oesterreichs sich entschlossen, den Balkankrieg zu benützen, um sich als Großmacht aufzuspielen.

Zehntausende Arbeiter müssen den Großmachtswahnsinn der Herrschenden mit Arbeitslosigkeit bezahlen und viele Zehntausende arbeiten nur halbe und Vierteltage. Nach Hunderten von Millionen zählen die Verluste, die aus Konkursen entstehen, nach Tausenden von Millionen der Ausfall an Lohn für die Arbeiter. Am schwersten leidet darunter die Textilindustrie, für die schon Mitte Januar die Zahl der von Betriebsreduktionen unmittelbar betroffenen Arbeiter auf wenigstens Hunderttausend geschätzt wurde. Dabei ist es gerade bei der Textilindustrie zu beweisen, daß an der Kriese nur zum kleinen Teil der Balkankrieg schuld ist, die eigentliche Schuld daran aber die Kriegshetzerei unserer „Patrioten" trägt, die die Furcht vor kriegerischer Verwicklungen, in die sich Oesterreich hineinhetzen lassen könnte, so gesteigert hat, daß der Inlandkonsum auf ein Mindestmaß herabgedrückt wurde. Daß der Balkankrieg an sich die schwere Krise der Textilindustrie nicht herbeigeführt hätte, geht daraus hervor, daß von den Halb- und Ganzfabrikaten, die die Textilindustrie Oesterreich-Ungarns im Jahre 1911 exportierte, nach dem Balkan bloß um 62 Millionen Kronen Waren gingen.

Nun fangen auch die Unternehmer selbst, die bisher als gute Patrioten sein stillgeschwiegen haben, zu jammern an. So haben z. B. erst vor etwa zwei Wochen die Industriellen von Rumburg und Umgebung an den Handelsminister eine Petition gerichtet, worin sie auf die ausblühende Industrie im benachbarten Sachsen hinwiesen, der sie die arge Notlage in Rumburg, das von altersher einer der bedeutendsten Industrieplätze Oesterreichs gewesen sei, gegenüber stellen. „Es sind Zeiten hereingebrochen, wie sie selbst im Kriegsjahre 1866 nicht so schlimm waren und das Elend droht zur Katastrophe zu werden." Nicht viel anders lauten die Berichte aus dem benachbarten Warnsdorf, wo gegenwärtig über Zehntausend Textilarbeiter nur vier bis fünf Tage in der Woche arbeiten und wo die Unternehmer völlige Einstellung der Betriebe ankündigen, wenn nicht bald eine Aenderung eintrete.

Aber noch weit schrecklicher sind die Nachrichten, die aus den Gebieten der Heimarbeit kommen. Die vom Staate gegründete Oesterreichische Hausindustriegesellschaft gibt folgendes Bild von dem Elend in der Hausindustrie: „In der härtesten Zeit des Jahres, wo die sargen Vorräte verbraucht sind, trifft die Hausindustriellen die Arbeitslosigkeit. Hunderte flehentlicher Ansuchen um den gewohnten bescheidenen Verdienst laufen aus all den ärmsten Gegenden, die auf den Erwerb im Hausfleiß angewiesen sind, ein und müssen abgewiesen werden. Im Erzgebirge, im Böhmerwald, in Ostböhmen, Südböhmen und Nordschlesien, in den dürftigen Hütten der kreinisch-küstenländischen Bergbewohner, unter den Häklerinnen des Waldviertels, den Tausenden von Spitzenarbeiterinnen Galiziens, in der Bukowina und in Dalmatien, in den Gebirgsdörfern der Alpenländer erhebt sich aus grimmiger Winterkälte das furchtbare Gespenst des Hungers."

Und alles das hat keinen anderen Zweck, als daß ein paar Dörfer, deren Namen man vor einigen Monaten in Europa noch gar nicht einmal kannte, nicht den Serben, sondern den Albanen zufallen; denn alle Fragen, an denen Oesterreich ein wirkliches oder auch nur ein eingebildetes Interesse hat, sind schon längst zugunsten Oesterreichs erledigt und geblieben ist wirklich nur die Prestigefrage. Die ganze Bevölkerung lechzt schon nach einer Befreiung von dem Drucke der Kriegsfurcht, der sofort beseitigt würde, wenn Oesterreich sich entschlösse, die Reservisten und Ersatzreservisten heimzuschicken. Aber das Auswärtige Amt will nicht nachgeben und die bürgerlichen Parteien gehen über eine unfruchtbare Raunzerei nicht hinaus. Nur die Sozialdemokraten drängen ernstlich und unaufhörlich dahin, daß die Abrüstung durchgeführt werde. Dabei aber finden sie immer wieder den passiven und aktiven Widerstand der bürgerlichen Parteien, die es nicht wagen, das Interesse der Wähler, die auch sie vertreten, gegen die Regierung zu verteidigen. Das hat sich ganz offenkundig diese Woche gezeigt, als die Sozialdemokraten im Parlamente den Antrag stellten, es solle ein Antrag, der die Regierung auffordert, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Reservisten tunlichst bald entlassen werden, auf die Tagesordnung gestellt werden. Obwohl die bürgerlichen Parteien erst kurz vorher in ihren Klubs darüber zusammert hatten, daß die Reservisten noch immer nicht nach Hause geschickt werden, stimmten sie wie ein Mann gegen den Antrag. Und so bleibt es auch weiterhin dabei, daß das Gespenst des Hungers weiter umgeht. Nach außen aber wird Oesterreich den Schein eines Großstaates so lange aufrecht erhalten können, bis die Verzweiflung der Massen sich nicht länger wird eindämmen lassen, und bis Staat und Volk sich ganz verblutet haben werden.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Maler.

Jetzt wird auch das genaue ziffernmäßige Abstimmungsresultat im Unternehmerverbande über den Schiedsspruch der Unparteiischen bekannt. Nach der Höhe der Lohnsummen der dem Unternehmerverbande angehörenden Meister haben für die Annahme des Schiedsspruches Unternehmer mit 14 459 000 Mk. Lohnsumme, dagegen Unternehmer mit 40 548 000 Mk. Lohnsumme gestimmt. Im Gau Berlin in Brandenburg und in Ost-Westpreußen, Posen und in dem Teil von Pommern rechts der Oder war die erhebliche Mehrheit für Annahme der Schiedssprüche.

Aber auch in den anderen Gauen scheinen die Unternehmer nicht gar zu eifrig für die Aussperrung eingetreten. So wird aus Leipzig gemeldet:

„Die Leipziger Malerinnung hat in einer am Freitag abend abgehaltenen Innungs-Versammlung die Aussperrung der Malergehilfen beschlossen. Ein Antrag, mit den Gehilfen neue Verhandlungen anzuknüpfen, wurde fast mit Stimmengleichheit abgelehnt, und mit derselben geringen Stimmenmehrheit wurde auch die Aussperrung beschlossen. Wäre, wie verlangt wurde, mittels Stimmzetteln abgestimmt worden, so hätte sich sicher eine Mehrheit für die Anbahnung von Verhandlungen mit den Gehilfen ergeben. Bezeichnend ist, daß die großen Firmen, die bis zu 50 und 60 Gehilfen beschäftigen, die Aussperrung nicht mitmachen werden. Die Aussperrung soll am Montag beginnen."

In Bochum wurden am Sonnabend von 250 beschäftigten Malern 88 ausgesperrt, wovon beide Gehilfen-Organisationen gleich stark betroffen werden. Einzelne Unternehmer haben nur eine teilweise Aussperrung vorgenommen, offenbar um erst dringende Arbeiten fertigstellen zu können. Die freie Organisation beschloß daher, daß an solchen Stellen die Arbeit ganz niederzulegen sei. Ferner wurde beschlossen, mit den Christlichen in Verbindung zu treten zwecks Stipulierung eines Sondertarifs, der den Unternehmern unterbreitet werden soll, die nicht aussperren wollen. Die Stimmung unter den Gehilfen ist eine vorzügliche.

Der Zentralverband der Zimmerer im Jahre 1912.

Die Vermutung, der Unternehmerverband im Baugewerbe habe seine im Jahre 1910 unerfüllt gebliebenen Wünsche auf die Fesselung der Gewerkschaften durch einen zentralen Tarifvertrag noch keineswegs aufgegeben, wird allmählich immer mehr zur Gewißheit. Er hat die Durchführung dieser Wünsche nur bis zu einem ihm geeignet dünkenden Zeitpunkte zurückgestellt, den er allem Anscheine nach mit dem am 31. März dieses Jahres erfolgenden Ablauf der vor drei Jahren geschlossenen Tarifverträge für gekommen erachtet. Wäre dem nicht so, dann hätten ohne Zweifel die bereits wiederholt stattgefundenen zentralen Tarifverhandlungen zu irgend einem Ergebnis führen müssen. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall, und die Möglichkeit einer friedlichen Erledigung in der diesjährigen Tarifbewegung im Baugewerbe ist immer mehr im Schwinden begriffen, wiewohl die daran beteiligten Gewerkschaften eine solche sicher gern gesehen hätten. Allein der Unternehmerverband hat bisher nichts unternommen, was darauf schließen ließe, daß auch er an dem friedlichen Ausgange der Bewegung interessiert sei. Sein Verhalten ist im Gegenteil in hohem Maße geeignet, einem friedlichen Ausgang möglichst auszuweichen. Insofern haben die baugewerblichen Arbeiterverbände gut daran getan, daß sie von vornherein nichts unterlassen haben, was einer größeren Kraftentfaltung dienen könnte. Auch der Zentralverband der Zimmerer hat die jetzt ihrem Ende entgegengehende Tarifvertragsperiode dazu benutzt, seine Mitgliederzahl sowohl wie auch seine Finanzen auf einen Stand zu bringen, von dem aus er den kommenden Ereignissen mit der größten Ruhe entgegensehen kann.

Die Mitgliedersteigerung, die schon im Jahre 1911 einsetzte, hat auch im Jahre 1912 angehalten. Die Mitgliederzahl betrug 1912 im Jahresdurchschnitt 63 400 gegen 59 258 im Jahresdurchschnitt 1911 und 54 548 im Jahresdurchschnitt 1910. Das ist seit 1910 eine Zunahme von 8861. Eine ganz beachtliche Steigerung hat aber vor allem das Verbandsvermögen erfahren. Es betrug am Jahresschlusse 1910 in der Zentralkasse 1 143 534 Mark, in den Zahlstellen 616 182 Mark, zusammen 1 759 716 Mark; am Jahresschlusse 1911 in der Zentralkasse 2 217 551 Mark, in den Zahlstellen 704 912 Mark, zusammen 2 922 463 Mark. Hingegen schloß das Jahr 1912 mit einem Vermögensbestand von 3 689 925 Mark in der Zentralkasse ab und mit 821 341 Mark in den Zahlstellen, zusammen mit 4 361 266 Mark. Der Gesamtvermögensbestand hat sich demnach seit 1910 um 2 601 550 Mark erhöht. Das ist eine Leistung, die bisher ihresgleichen kaum haben dürfte, auf die deshalb der Zimmererverband mit Recht stolz sein kann. Damit der Verband an seiner finanziellen Leistungsfähigkeit auch in Zukunft nicht einbüße, hat die unlängst stattgefundene 20. Generalversammlung durch eine zweckentsprechende Beitragsregulierung umfassende Vorsorge getroffen, und es kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß in fast sämtlichen Zahlstellen des Verbandes die in dieser Richtung gefaßten Beschlüsse der Generalversammlung volles Verständnis gefunden haben. Diese Tatsache berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Der Zimmererverband hat im Jahre 1912 302 Lohnbewegungen geführt. Daran waren beteiligt 1049 Orte mit 1006 Betrieben und 8060 Zimmerern; davon 6198 Verbandsmitglieder. Ohne Arbeitseinstellung fanden 141 Lohnbewegungen ihre Erledigung, an denen 4660 Zimmerer beteiligt waren. Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten erfolgreich 101 mit 3406 Beteiligten, teilweise erfolgreich 32 mit 693 Beteiligten und erfolglos 18 mit 561 Beteiligten. Durch Arbeitseinstellung fanden 161 Lohnbewegungen ihre Erledigung. Daran waren beteiligt 339 Orte mit 365 Betrieben und 3460 Zimmerern; von den Arbeitseinstellungen waren 125 Angriffsstreiks mit 1782 Beteiligten, 23 Abwehrstreiks mit 798 Beteiligten und 13 Aussperrungen mit 103 Beteiligten. Durch die Bewegungen wurde insgesamt erreicht: für 1702 Mann eine Verkürzung der Arbeitszeit um 5718 Stunden pro Woche, für 5907 Mann eine Lohnerhöhung von 13 780 Mark pro Woche. Die Lohnbewegungen erforderten einen Kostenaufwand von insgesamt 45 269 Mark; davon flossen aus der Zentralkasse 41 238 Mark. Im Jahre 1911 mußte die Zentralkasse für Lohnbewegungen im Beruf 61 587 Mark aufwenden.

Eins ist sicher: Eine Aussperrung — wenn der Unternehmerverband eine solche herbeizuführen beabsichtigt, — trifft den Zimmererverband heute weit besser vorbereitet als im Jahre 1910. Damals trat er in die Aussperrung ein mit einem Vermögen in der Zentralkasse und in den Zahlstellen von zusammen 1 430 744 Mark. Heute verfügt er über ein Vermögen, das mehr als dreimal so groß ist. Hinzu kommt ferner, daß die Aussperrung 1910 gewissermaßen den ersten allgemeinen Kampf im Baugewerbe bildete, zu dessen wirksamer Führung es begreiflicherweise an Erfahrungen mangelte. Das ist heute anders. Für den Zimmerer-Verband wie auch für die übrigen in Frage kommenden Verbände ist die Aussperrung 1910 sehr lehrreich gewesen; die aus ihr gewonnenen Erfahrungen werden bei einer nochmaligen Aussperrung, — selbst wenn diese auf einer viel breiteren Grundlage erfolgen sollte, — sicherlich die beste Verwendung finden.

Unternehmerterrorismus.

Wie aus dem Jahresbericht der Vereinigung süddeutscher Malzfabriken zu ersehen ist, hat der Verband oberbadischer Brauereien an die vereinigten Malzfabriken das Ansinnen gestellt, sich dahin zu verpflichten, an solche Brauereien im Verbandsgebiet kein Malz oder sonstige Fabrikate zu liefern, die dem Verband oberbadischer Brauereien nicht angehören oder dessen Mitglieder durch Nichteinhalten der vom Verband vorgeschriebenen oder der ortsüblichen Auschankpreise schädigen. Diese Verpflichtung der Malzfabrikanten zur Materialsperre bestand auch schon früher in dem Falle, wenn beide Momente in Frage kommen, nämlich die Preisunterbietung und die Nichtzugehörigkeit zum Verbande oberbadischer Brauereien. Durch die Abänderung des Wörtchens „und" in „oder" wollte der Verband der Brauereien schon die Materialsperre angewendet wissen allein wegen Nichtzugehörigkeit zum Brauereiverbande. Die Vereinigung süddeutscher Malzfabriken hat nach Umfrage bei den Mitgliedern das Ansinnen abgelehnt mit der Motivierung, daß die Ausbreitung der Organisation des Verbandes oberbadischer Brauereien ihm allein überlassen werden müsse. Die Materialsperre über die Brauereien, die weder Mitglieder des Verbandes sind noch die ortsüblichen oder Verbandsausschankpreise einhalten, besteht aber nach wie vor; bei diesem seit Juni 1910 bestehenden Beschluß hat es die Vereinigung der Malzfabriken „bewenden lassen".

Vom Kampfe um das Koalitionsrecht im Fleischergewerbe.

Die Fleischwarenfabrik von Andreas Kopmann in Zwischenahn gehört auch zu jenen Wurstfabriken, die ihren Gesellen und Arbeitern das Koalitionsrecht verweigern und nur unorganisierte Gesellen einstellen. Braucht die Firma Arbeitskräfte, so bestellt sie auf dem Arbeitsnachweis ausdrücklich unorganisierte Gesellen. Dabei setzt die Firma ihre Waren aber gern an organisierte Arbeiter ab, sie zählt zu ihren Abnehmern eine Reihe Konsumvereine und Geschäfte, die lediglich von Arbeitern in Anspruch genommen werden. Sie nimmt also gern das Geld von organisierten Arbeitern. Die Firma hat auch eine für diesen Zweck zugeschnittene Arbeitsordnung. Es heißt darin: „Außer den in § 123 der G. O. aufgeführten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0005

Hätten können Arbeiter ohne Kündigung entlassen werden: „Bei Aufreizung von Mitarbeitern zum Ungehorsam, bei Abhaltung von Versammlungen in den Fabrikräumen und Höfen, bei Anzettelung und Unterstützung von irgendwelcher gegen die Interessen der Fabriken gerichteten Bestrebungen."

Es ist bezeichnend, daß der Fleischerverband den rückständigen Wurstfabrikanten erst das Koalitionsrecht abringen muß, ehe er zur Verbesserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse schreiten kann. Der Fleischerverband muß daher an die organisierte Arbeiterschaft immer wieder das Ersuchen stellen, ihn bei dem Kampfe gegen ein äußerst rückständiges Unternehmertum auf das wirksamste zu unterstützen.

Zur Lohnbewegung im Schneidergewerbe.

In den letzten Tagen wurden noch in folgenden Städten Lohnbewegungen durch Verträge beendet: Annaberg, Baireuth (außer in zwei Betrieben), Bruchsal, Elmshorn, Göppingen, Geißlingen, Hadersleben, Schwabach und Spandau. Auch in Hamborn, wo gestreikt wurde, ist die Lohnbewegung beendet. Die Damenschneider in Chemnitz haben die Lohnbewegung vertagt. In Hof i. B. wird es voraussichtlich zum Streik kommen.

Sieg der englischen Eisenbahner.

Obschon die Leitungen der Eisenbahnerorganisationen zur Zeit der Abfassung dieses Berichts, so schreibt man uns aus London, noch keine Entscheidung getroffen haben, so darf der Konflikt auf der Midland-Eisenbahn doch als beigelegt betrachtet werden. Die Eisenbahndirektion hat sich genötigt gesehen, die Forderungen der Arbeiter mit aller ihr möglichen Gnade zu bewilligen. Die Eisenbahner bestanden in ihrem Ultimatum an die Direktion auf zwei Punkte: Die Wiedereinsetzung Richardsons und die Verpflichtung, daß in Zukunft gedruckte Vorschriften nur auf Grund einer schriftlichen Erklärung der Vorgesetzten mißachtet werden dürfen. In ihrer gestrigen Konferenz haben nun die Direktoren der Midlandbahn eine Erklärung abgegeßt, die diese zwei Punkte im wesentlichen zubilligt. Richardson wird wiedereingesetzt, weil er erklärt habe, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, bestimmte Anordnungen seiner Vorgesetzten zu verweigern. Ferner geben die Direktoren ausdrücklich zu, daß die gegenwärtige Praxis der Umstoßung gedruckter Vorschriften durch mündliche Instruktionen, sich als ungerecht und gefährlich erwiesen habe und erklären sich bereit, diesen Mißständen abzuhelfen.

Nachdem die Arbeiter einen so durchschlagenden Sieg errungen haben, werden sie nun schwerlich Wortklauberei treiben und auf der ausdrücklichen Gewährung der Form ihrer Forderungen bestehen. Soweit sich bisher übersehen läßt, haben sowohl die Führer wie die Massen der Eisenbahner die neue Wendung mit der größten Genugtuung aufgenommen. Die Tatsache, daß eine so mächtige Eisenbahngesellschaft in einer Frage der inneren Disziplin so rasch zurückweichen mußte, ist ein schlagender Beweis für die gestärkte Stellung der englischen Arbeiterschaft im allgemeinen. Die englischen Unternehmer können heute mit ihnen nicht mehr so umspringen wie noch vor ganz kurzer Zeit.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), **den** 10. März **1913**.

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Dienstag, den 11. März, abends 8½ Uhr, findet im Volkspark eine Sitzung nach § 12 der Satzungen des Sozialdemokratischen Vereins statt. Distriktsführer, die am Erscheinen verhindert sind, müssen ihren Stellvertreter entsenden. Der Vorstand.

Die Aussperrung im Malergewerbe.

Nach den Beschlüssen des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände des Malergewerbes, Gauverband Mitteldeutschland, sollte vom heutigen Montag an alles aufs Pflaster geworfen werden. Nun haben sich die hiesigen Malermeister nach dem Scharfmacherbeschluß, alle Gehilfen auszusperren, aber nicht gerichtet. Es haben nur 34 Meister 145 Gehilfen ausgesperrt. Eine verschwindend kleine Zahl, wenn man bedenkt, daß hier am Orte allein 447 organisierte Gehilfen beschäftigt sind. Auch in den umliegenden Städten steht die Sache ebenso günstig. In Leipzig sind gar nur 40 Gehilfen ausgesperrt, in Merseburg 15, in Delitzsch 6 und in Bitterfeld 7 Gehilfen. So sieht nun die große Kraftprobe des scharfmacherischen Unternehmerverbandes aus. Wenn man weiter bedenkt, daß die „Führer" des Arbeitgeberverbandes in Halle sich vor Schaden bewahren, indem sie versuchten, möglichst viele Unorganisierte einzustellen, und daß sie den ganzen Schaden der Aussperrung durch die kleinen Malermeister, die nur organisierte Gehilfen beschäftigen, tragen lassen wollten, so zeugt das nicht von allzu großer Solidarität im Unternehmerlager. Der Malerverband kann nach alledem dem Ausgang des Kampfes mit größter Ruhe entgegensehen.

Die Ortsverwaltung.

Die Neuorganisation der Krankenversicherung in Halle.

Das Gewerkschaftskartell Halle nahm in seiner Sitzung vom 7. März auch Stellung zur Neugestaltung des Krankenkassenwesens in Halle anläßlich des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung. Arbeitersekretär Kleeis erläuterte einleitend die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Er wies u. a. darauf hin, daß mit dem 31. Dezember 1913 die zurzeit bestehenden etwa 15 Ortskrankenkassen in Halle aufgelöst werden, so daß von diesem Zeitpunkt an nur noch eine einzige Ortskrankenkasse bestehen wird. Noch nicht geklärt sei nur die Frage, ob die vorhandene Allgemeine Ortskrankenkasse (Bureau in der Charlottenstraße) zu dieser zukünftigen einheitlichen Kasse ausgestaltet oder ob nicht auch sie aufgelöst und eine gänzlich neue Kasse errichtet wird. Diese schon vorhandene Allgemeine Ortskrankenkasse besitze indes die rückständigsten Leistungen, so daß eine neue Kasse auf keinem Fall schlechter werden kann. Nach einer Diskussion über die Frage nahm die Sitzung einstimmig folgende Resolution an:

„Das Gewerkschaftskartell begrüßt es, daß nach Absicht der hierfür maßgebenden Stellen für den Stadtbezirk Halle eine Landkrankenkasse nicht errichtet werden soll, da hierdurch die Gewähr geboten ist, daß für die neu der Krankenversicherung zugeführten Personenkreise (Landarbeitern, Dienstboten, Hausgewerbetreibende usw.) eine ähnliche Krankenfürsorge eintritt wie für die gewerblichen Arbeiter.

Hinsichtlich der Neuformung der Krankenkassenorganisation hätte das Gewerkschaftskartell gewünscht, daß eine der großen leistungsfähigen Ortskrankenkassen zur zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet worden wäre. Da dies angesichts aus gesetzlichen Gründen nicht angängig sein soll, bittet das Gewerkschaftskartell um Gründung einer vollständig neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse, die mindestens die gleichen Leistungen wie z. B. die Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse bietet. Bei der Auffüllung der Satzung für die neue Kasse wünscht das Gewerkschaftskartell, als die Vertretung von rund 20 000 krankenversicherungspflichtigen Personen, gemäß dem § 320 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung gehört zu werden."

Diese Entschließung ist inzwischen dem Magistrat und dem Versicherungsamt in Halle sowie dem Oberversicherungsamt in Merseburg zugestellt worden.

Errichtung eines besonderen Fortbildungsschulgebäudes.

Die Mißstände, die sich aus dem zersplitterten Unterricht der Fortbildungsschule in vier verschiedenen Knabenschulen ergeben haben, sind so kraß geworden, daß die Stadtverwaltung unbedingt Abhilfe schaffen mußte. Der Magistrat beantragt deshalb für die morgige Stadtverordnetensitzung sich grundsätzlich mit der Errichtung eines Gebäudes für die gewerbliche Fortbildungsschule einverstanden zu erklären und für die Projektbearbeitung 2000 Mk. zu bewilligen.

Die gewerbliche Fortbildungsschule ist im Jahre 1902 eingerichtet. Zurzeit wird sie von rund 2800 Schülern besucht, die in 106 Klassen unterricht erhalten. Ostern 1913 werden 114 Klassen vorhanden sein; jede Klasse hat wöchentlich sechs Stunden Unterricht. Seit Gründung der Schule sind die Klassen im Gebäude der Mittelschule an der Klosterstraße und im Volksschulgebäude an der Taubenstraße gastweise untergebracht. Ostern 1912 mußte der Fortbildungsschule noch eine Anzahl Klassen in der katholischen Volksschule an der Oleariusstraße überwiesen werden und für Ostern 1913 ist die Benutzung von acht Räumen im Gebäude der Handwerkerschule in Aussicht genommen. Aber auch mit der letztgedachten Unterkunft kann nur ein vorübergehender Zustand geschaffen werden, da natürlich die Fortbildungsschule dem Ausdehnungsbedürfnis der Handwerkerschule nicht hinderlich sein darf. So wird also Ostern 1913 die Schule in vier verschiedenen Gebäuden untergebracht sein, während der Direktor aus Raummangel auch wieder — getrennt von seinen Schulen — sein Amtszimmer auf das Rathaus hat verlegen müssen. Das Schulhaus an der Klosterstraße beherbergt nicht weniger wie drei verschiedene Schularten, die Mittelschule, einen Teil der gewerblichen Fortbildungsschule und die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen.

Die Schwierigkeiten und Mißstände, die sich aus der Zerstückelung des Schulkörpers, aus der gemeinsamen Benutzung desselben Gebäudes und derselben Räume durch verschiedene Schularten, sowie vor allem daraus ergeben, daß der Fortbildungsschule Räume und Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die dem Alter ihrer Schüler und der Eigenart ihres Unterrichts als Fachschule nicht angepaßt sind, werden eingehend von dem Direktor in seinem die Notwendigkeit des Schulbaus begründeten Antrag dargelegt. Der Magistrat hat anerkennen müssen, daß es an der Zeit ist, dem auf die Dauer unhaltbaren Zustande der provisorischen Unterbringung durch Ueberweisung entsprechender eigener Schulräume an die gewerbliche Fortbildungsschule abzuhelfen. Die gewerbliche Fortbildungsschule als dauernde Einrichtung und als Zwangsschule hat einen Anspruch darauf, so untergebracht und ausgestattet zu werden, wie sie es im Interesse ihres Unterrichts und der Gesundheit ihrer Schüler nötig hat.

Die hiesigen Schulen können keine freien Räume zur Verfügung stellen, die eventuell mit für den theoretischen und Zeichenunterricht geeigneten Subsellien auszustatten wären. Dem Bedürfnis kann daher nur durch Errichtung eines besonderen Schulhauses genügt werden. Bauprogramm und Bauplatz, für den bereits im Vorjahre ein Grundstück des Trödel-Viertels von den städtischen Körperschaften in Aussicht genommen war, sollen festgestellt und die nötigen Vorarbeiten vorgenommen werden, sobald die grundsätzliche Entschließung über den Schulbau getroffen ist. Eine Umfrage hat ergeben, daß die Stadt Halle mit der Ueberweisung eines eigenen Schulhauses an die Fortbildungsschule nur einen Schritt tun würde, den die meisten Großstädte bereits vor ihr aus den gleichen hier vorgetragenen Erwägungen getan haben.

---

* **Achtung Holzarbeiter!** Am morgigen Dienstag findet im großen Saale des Volksparks abends 8 Uhr eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher der Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin gegeben wird und über das Resultat Beschluß gefaßt werden soll. Es ist die Pflicht jedes organisierten Holzarbeiters, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein. (Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.)

* **Vorträge über Alkoholmißbrauch und leichtfertigen Verkehr** finden — wie uns der Stadtarzt schreibt — in dieser Woche für alle Schüler der städtischen Fortbildungsschulen statt, nach dem am Sonntag der angesetzte Vortrag für die Fortbildungsschule Nord infolge unvorherzusehener Behinderung des Referenten leider ausfallen mußte. Für diejenigen Schüler, welche die Volks- und Mittelschulen zu Ostern verlassen, werden ähnliche Veranstaltungen Ende dieser und Anfang nächster Woche getroffen, sofern dies von den betr. Eltern gewünscht wird. Besondere Berichte über das Vorhaben der Stadtärzte werden für Mütter der abgehenden Kinder am Donnerstag, den 13. d. Mts., abends 8¼ Uhr, in den Aulen der Klosterschule und der Volksschule Neue Promenade erstattet, damit die Eltern Gelegenheit haben, auf Grund eigener Eindrücke zu entscheiden, ob ihr Kind an den gebotenen Vorträgen teilnehmen soll oder nicht.

Im Vorjahr wurde die Beobachtung gemacht, daß zwar viele Väter ihre Kinder zur Teilnahme an jenen Vorträgen anmeldeten, daß aber die freie Zeit von den Knaben zu anderen Dingen benutzt wurde, so daß die Vortragenden unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um solche Eltern dafür Sorge tragen zu lassen, daß ihren Söhnen die gebotene Gelegenheit zu rechtzeitiger Aufklärung und Warnung nicht verloren geht. Was unter solcher „Aufklärung" — einem nicht mit Unrecht in Mißkredit gekommenen Schlagwort — im vorliegenden Falle zu verstehen ist, wird auf den o. e. Elternabenden ausführlich dargelegt. Für diese ergehen an alle in Betracht kommenden Eltern oder Vormünder noch besondere Einladungen.

* **Die Hallesche Fahrschule** hielt ihre Generalversammlung am Sonnabend abend im Augustiner ab. Der Vorsitzende, Stadtrat Engelcke, erstattete den Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß das zweite Jahr der Fahrschule nicht das gehalten hat, was man sich nach den Erfahrungen des ersten Jahres versprechen durfte. Sowohl in den Kreisen der Arbeiter als auch in denen der Unternehmer zeigte sich nicht das Interesse, das eine derartige für die gesamte Oeffentlichkeit wichtige Sache fordern darf. Die im Jahre 1911 freiwillig gezeichneten Beiträge gaben die Veranlassung, die Zeichner zu bitten, Mitglied des Vereins zu werden, leider ohne nennenswerten Erfolg. Auch die Zahl der sich zum Unterricht meldenden Schüler ist nicht so groß, als daß sie den Verhältnissen unserer Stadt entspräche. Die ersten beiden Kurse zählten 11 und 15 Schüler, die beiden weiteren nur 5 und 6. Die Mehrzahl der Schüler bestand die Prüfung. — Außerdem sind 23 Fleischerlehrlinge als Schüler der städtischen Fortbildungsschule im praktischen Unterricht ausgebildet. Ferner haben vom 23. 4. — 22. 6. zwölf theoretische Unterrichtsabende für bereits bes Fahrens kundige Personen stattgefunden, die im Durchschnitt von 16 Personen besucht waren. Im Vorstande trägt man sich mit dem Gedanken, eine bessere Organisation des Unterrichts eintreten zu lassen. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des vorigen Jahres 57, zu Anfang dieses Jahres 68. An Stelle des von Halle verzogenen Stadtrats Dr. Pulst trat Herr Stadtrat Engelcke als Vorsitzender des Vereins, an dessen Stelle wieder Herr Oberpolizeiinspektor Granzow als Vorstandsmitglied trat. Der Bericht wurde genehmigt. Die Jahresrechnung legte Herr Direktor Richard Pfeiffer. Danach betrugen in 1912 die Einnahmen 1419,77 Mk., die Ausgaben 866,26 Mk. Es verblieb sonach ein Bestand von 553,51 Mk. In den Einnahmen befinden sich u. a. 500 Mk. Subvention der Stadt und 100 Mk. vom Transportarbeiterverbande. Die Rechnung wurde entlastet. Der Etat für 1913 wurde festgesetzt. Die nach der Auslosung ausscheidenden Ausschußmitglieder, Stadtrat L. Grote, Fuhrherr W. Winter und der Geschäftsführer Fr. Gräfe, sowie das Vorstandsmitglied Direktor Richard Pfeiffer, wurden durch Zuruf wiedergewählt. Unter Verschiedenem wurden Mittel und Wege beraten, wie man die gemeinnützige Sache am besten fördern könne.

---

* **Die Erhöhung der Subvention für das Stadttheater** von 10 000 auf 18 000 Mk., die dem Magistrat der morgigen Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden wird, soll nur gewährt werden unter einer neuen Vertragsvorschrift, die die Unterstützung lediglich den Musikern zugute kommen läßt. Die Vorschrift lautet: Die Stadtgemeinde zahlt dem Theaterdirektor als Zuschuß zu den Orchesterkosten vom 1. April 1913 ab während der Dauer des Mietvertrages vom 9. März 1911 jährlich den Betrag von 18 550 Mark. Bei Beendigung des Mietverhältnisses (Ende August 1915) ist der letzte Vierteljahrsbetrag entsprechend zu kürzen. Im Falle der Gründung eines städtischen Orchesters erlischt die Verpflichtung der Stadtgemeinde zur Zahlung des Zuschusses mit dem Tage der Gründung. Der Theaterdirektor verpflichtet sich, den Orchestermitgliedern im einzelnen Monatsgagen in Mindesthöhe nach der erhöhten Skala zu zahlen, die von der Stadt festgelegt ist.

* **Kapellmeisterkrise am Stadttheater?** Dem B. T. wird aus Halle gemeldet, daß mit Ende dieser Saison alle drei Kapellmeister des Hallescher Stadttheaters, Karl Ohnesorg, Alfred Elsmann und Wolfgang Riedel, aus dem Verband des Theaters ausstreten. Welche Gründe diese „gemeinsame Arbeitseinstellung" hat, ist noch nicht näher bekannt.

* **Stadttheater.** Am Dienstag im 3. Viertel als 179. Vorstellung die erfolgreiche Schauspielnovität Hinter Mauern von Nathansen. Mittwoch wird zum erstenmal die neue Oper Der Schmuck der Madonna von Ermanno Wolf-Ferrari wiederholt. Donnerstag zum letzten Male Der gutsitzende Frack. Freitag zum letzten Male die Operettennovität Grizzi. Sonnabend Der Schmuck der Madonna. Nächste Volksvorstellung Sonntag nachmittag. In Aussicht genommen ist Minna von Barnhelm. Sonntag abend Lohengrin. Vorangeige: Dienstag, den 18. März, Gesamtgastspiel der Dresdner Hofoper: Der Widerspenstigen Zähmung, Oper von Hermann Götz.

* **Der Schnellzugsverkehr von und nach Halle** wird im kommenden Sommer eine notwendige Erweiterung erfahren. Wie aus dem neuen Fahrplanentwurf der Eisenbahndirektion Halle ersichtlich ist, gelangen folgende neue Schnellzüge zur Einführung: Schnellzug D 168 Berlin (ab 8.15) Halle, (ab 10.19), München-Lindau vom 2. 7. bis 15. 7., Schnellzug D 202 Berlin (ab 10.40), Halle (ab 12.46), Frankfurt a. M. vom 6. 5. bis 15. 5., 29. 6. bis 15. 7. und 1. 8. bis 31. 8., Schnellzug D 201 Frankfurt a. M. — Halle (ab 5.10), Berlin (an 7.30) vom 5. bis 17. 5., 1. 7. bis 17. 7. und 3. 8. bis 2. 9. Eilzug 156 Leipzig (ab 3.10) — Halle (an 3.44), Anschluß nach Kassel mit Eilzug 124 (Halle ab 3.55), Eilzug 177 Magdeburg — Halle (ab 12.25) — Leipzig (an 1.01), Eilzug 270 Halle (ab 4.54) — Sangerhausen — Altenbeken — Rheinland-Westfalen, in Halle Anschluß an den Eilzub 158 von Leipzig (Halle an 4.44), Eilzug 269 Rheinland-Westfalen — Altenbeken — Sangerhausen — Halle (an 2.15), in Halle Anschluß an Schnellzug D 159 nach Leipzig (Halle ab 2.29), Eilzug 207 Falkenberg (ab 4.45) — Kohlfurt (an 7.21) nur im Juli und August, in Falkenberg unmittelbar Schnellzugsanschluß von Halle und Leipzig, in Kohlfurt nach Breslau, Eilzug 208 Kohlfurt (ab 8.25) — Falkenberg (an 10.52) nur im Juli und August, in Kohlfurt unmittelbar Schnellzugsanschluß von Breslau, in Falkenberg nach Halle und Leipzig.

* **Wichtiger Zeuge gesucht.** Am Dienstag, den 4. d. M., mittags gegen 12 Uhr, wurde ein Herr, als er das Haus Moritzzwinger 18 verlassen wollte, von der Haustür, die ein Briefträger beim Betreten des Hauses schnell öffnete, verhältnismäßig grob angestoßen. Da das Zeugnis dieses noch unbekannten Mannes in einer wichtigen Ermittlungssache äußerst notwendig ist, wird er ersucht, sich recht bald bei der Kriminalabteilung, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 38, zur Tagebuchnummer P V a 2195/13 zu melden.

* **Von der Straße.** Am Sonnabend früh brach infolge einer plötzlich eintretenden Pflasterlenkung ein Geschäftskraftwagen in der Huttenstraße, Ecke Merseburgerstraße, bis an die Achse ein. Die Einbruchstelle war zwecks Kanalisierung der Straße kürzlich aufgebrochen worden. Die Ladung des Kraftwagens mußte umgeladen werden. — In der Merseburgerstraße fuhr ein Herr aus Ammendorf mit seinem Kraftdreirad auf eine Droschke auf, die beim Umwenden begriffen war. An der Droschke wurde ein Rad zerbrochen. — In der Delitzscherstraße zerbrach die Hinterachse eines mit Baumaterialien beladenen Wagens einer hiesigen Brotfabrik, wodurch der Stadtbahnbetrieb eine geringe Verkehrsstörung erlitt. Die Wagenladung mußte umgeladen werden. — Eine Mütze von außerhalb kam in der Delitzscherstraße zu Fall. Die Frau hielt sich noch bis 6 Uhr im Zirkus auf. Nach Schluß der Vorstellung klagte sie über Schmerzen in der linken Hüfte. Sie wurde, da sie nicht mehr gehen konnte, mittels Droschke der Klinik zugeführt.

* **Ausgehobenes Lager gestohlener Sachen.** Bei den in vergangener Woche festgenommenen Einbrechern wurden folgende Gegenstände vorgefunden: eine rotbraune rindlederne Reisetasche mit braunem Bügel, gelben Beschlag und Ledergriff. Am Schloß befinden sich die Buchstaben W. M. u. Ko., ein Klemmer mit goldenem ziseliertem Bügel und Schildpattein fassung (anscheinend Damenklemmer), ein hellbraunes Lederportemonnaie mit Ueberklappe, zwei offenen und zwei verschließbaren Fächern; das eine innere Fach wird mit einem braunen Druckknopf verschlossen. Auf der Außenklappe befinden sich in Goldschrift die Worte: Echt Saffian. Ein Zigarrenetui aus schwarzem, körnerartig gepreßtem Leder mit schwarzem Bügel und zwei Zigarren und eine Zigarettentasche, ein schmaler goldener Fingerring mit neun kleinen Smaragden, wovon einer fehlt, ein Ebenholzstock mit kunstvollem Silbergriff, an letzterem befindet sich ein Affe, eine vergoldete Damenuhrkette ohne Schieber, eine vergoldete Damenuhrkette mit Schieber; an letzterem zwölf helle und in der Mitte ein blauer Stein, ein schmaler, silberner Ring mit Platte in Herzform, auf der Platte ein blauer runder Stein, ein neues Taschenmesser mit Perlmutterschale mit drei Klingen und Korkzieher, eine neusilberne Sparbüchse in Form eines Geldschrankes, ein goldenes dehnbares Armband mit einem hellroten viereckigen Stein; die einzelnen Glieder sind mit einliegenden Federn zum Ausdehnen versehen, ein goldener Ring mit rotem Stein (kleiner Siegelring), ein schmaler, goldener Ring mit ovaler goldener Platte und den Buchstaben R. S. im Monogramm, eine Bluse aus blauer Atlasseide und weißen Füllspitzenbesatz, ein Kleid aus roter Taftseide und roten Vollüberhang. Der Besatz besteht aus rotem Seidenplüsch, weißem Spitzenbesatz mit schwarzer Füllunterlage und vorn drei Schleifen von rotem Seidenband. Beide Kleidungsstücke sind bereits etwas geändert, um sie passend zu machen. Wer über die Herkunft genannter Gegenstände, die sämtlich aus den hier verübten Einbrüchen herzurühren scheinen, Mitteilung machen kann, wolle sich bald bei der Kriminalabteilung, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 18 oder 36, melden; dort liegen die Sachen zur Ansicht aus.

* **Feuer.** Gestern abend entstand vermutlich durch Selbstentzündung von Kohlen in einem Keller der Lilienstraße ein Brand, der durch die Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0006

* **Unfug.** Sonnabend abend gegen 6 Uhr wurde vor dem Grundstück Herberstraße 11 von einem bisher noch nicht ermittelten Schulknaben der Kanaldeckel in den Schacht geworfen. Die Gefahr wurde sofort bemerkt und der Deckel durch einen Arbeiter der Straßenreinigung wieder gehoben. — In der Sonnabend-Nacht wurde die Glasscheibe des vor Landsbergerstraße 57 angebrachten Feuermelders zertrümmert. Der Täter ist bisher nicht ermittelt.

* **Ertappt.** Bei der auf dem Wochenmarkte vorgenommenen Gewichtsprüfung der Butter wurden bei drei Handelsfrauen, darunter zwei hiesigen, zusammen 21 Stück geformte Butter mit zu leichtem Gewicht gefunden. Die Butterstücke wurden, um einen Verkauf zu verhindern, zerschnitten, den Eigentümern aber belassen. Da nach der hiesigen Marktordnung Butter nur in Stücken von wenigstens 250 oder 500 Gramm feilgeboten werden darf, wird gegen die Schuldigen Anzeige erstattet.

Vereine und Versammlungen.

Der Rabatt-Spar-Verein Halle ladet alle Interessenten zu einem öffentlichen Vortrag für Freitag, den 14. ds. Monats, abends ½9 Uhr, nach dem Neumarkt-Schützenhaus ein. Trusts, Syndikate und Kartelle in ihren Beziehungen zum Handel und zum Publikum lautet das aktuelle Thema. Syndikus Dr. Pfahl hat das Referat übernommen.

Walhalla-Theater. Nachmittags 4 Uhr findet große Familienvorstellung statt. Abends 8 Uhr Premiere: Der lustige Kakadu. Operette in 3 Akten von Wilhelm Jakoby und A. Lippschütz. Musik von Heinz Lewin.

Zirkus Charles hat von heute an besonders billige Eintrittspreise, welche es auch den weniger Bemittelten ermöglichen sollen, das einzigartige Unternehmen zu schauen. In Form echter und rechter Volksvorstellung sollen die wenigen Tage des Verweilens in hiesiger Stadt den Massen von Halle und seiner Umgebung zugänglich gemacht werden. Entgegen der vorgestrigen Notiz sei an dieser Stelle bemerkt, daß die letzte und Abschiedsvorstellung erst am kommenden Mittwoch nachmittag stattfindet.

Lettin. Gemeindevertreter-Sitzung findet heute, Montag, abends 8 Uhr, in der Guten Quelle statt. Die Verhandlung ist öffentlich.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Heiratsschwindelei. Der schon mehrfach vorbestrafte Schlosser Karl Burow ließ im August v. J., um auf Liebesabenteuer auszugehen, in der Presse ein Heiratsinserat des Inhalts los: „Maschinenmeister, 30 Jahre alt, wünscht Heirat. Vermögen nicht unerwünscht. — Kinder der Reflektantin würden mit in die Ehe genommen." Ein unglückliches Mädchen, das Verlangen nach einem Mann hatte, fiel auf die Annonce hinein und knüpfte mit B. ein Verhältnis an. Er log ihr vor, er habe in Pommern eine Stellung als Maschinenmeister in einer Fabrik in Aussicht, müsse aber, um sie zu erhalten, 500 Mark Kaution zahlen und verheiratet sein. Das Mädchen fuhr daraufhin mit ihm zu ihren Eltern, die auswärts wohnten und B. redete den „künftigen Schwiegereltern" denselben Schwindel vor. Um zu beweisen, daß er jene Stelle in Aussicht habe, legte er ein gefälschtes Schriftstück vor. Nachdem er dem Vater des Mädchens ein „Darlehen" von 120 Mk. abgenommen, verschwand er auf Nimmerwiedersehen. Dem Betrogenen gegenüber hatte sich B. als „Frank" bezeichnet. Unter diesem falschen Namen wurde der 32jährige Angeklagte schließlich in Plauen verhaftet. Dort hatte er schon wieder eine neue Heiratsschwindelei begangen, für die er mit einem Jahre Zuchthaus bestraft worden war. Unter Einrechnung dieser Strafe wurde er nun zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein Hang zu solchen Schwindeleien wurde als eine Gefahr für die Allgemeinheit bezeichnet.

Ein unwürdiger Stiefvater. Der 40jährige Arbeiter Thomas Schinol von hier, ein schon oft wegen Roheits- und Eigentumsvergehens vorbestrafter Mensch, verging sich in den letzten vier Jahren wiederholt an seiner jetzt 13jährigen Stieftochter in unsittlicher Weise. Seinen 12jährigen Stiefsohn mißhandelte er am 4. Januar d. J. dadurch sehr roh, daß er ihn mit einem Stiefel mehrmals auf den Kopf schlug. Der arme Junge erlitt blutende Verletzungen. Die nicht öffentliche geführte Verhandlung hatte das Resultat, daß der „Vater" zu einem Jahre sieben Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung wurde ihm gesagt, er habe an der Stieftochter, die sich in der Schule lobenswert geführt und als ein gutartiges Mädchen gezeigt habe, höchst gemein gehandelt.

Stadt-Theater.

Der Schmuck der Madonna. Oper in 3 Akten aus dem neapolitanischen Volksleben. Handlung und Musik von Ermanno Wolf-Ferrari. Dieser hochbegabte Deutsch-Italiener, der sich mit seinem Oratorium Neues Leben und der feinkomischen Oper Neugierige Frauen bereits einen klangvollen Namen gemacht, hat sich mit seinem neuen, im vorigen Jahre erschienenen Werk, einem ernsten Opernstoff zugewandt. Der Entwurf der Handlung stammt von ihm selbst. Die Verstifizierung haben Zangarini und Golisciani, die deutsche Uebersetzung H. Liebstöckl besorgt. Mit kühnem Griff packt Wolf-Ferrari mitten ins italienische Volksleben hinein. Wir sehen das Treiben der berüchtigten Camorra, jener weitverzweigten teils gefürchteten, teils protegierten Verbrecherorganisation, der der Staat nicht beikommen kann, wir sehen das buntbewegte Straßenleben von Neapel, wir sehen den ganzen bunten Flitter des Madonnendienstes; alles das wird mit einem auf die Spitze getriebenen Realismus geschildert. Von katholischer Seite sind erhebliche Einwände gegen die Oper gemacht. Daß er die Madonnenverehrung, die im katholischen Gottesdienst eine so wichtige Rolle spielt, auf die Bühne gebracht hat, dies ihm vorzuwerfen, wäre genau so lächerlich, wie der gegen Richard Wagner erhobene Vorwurf, er habe mit seinem Parsifal die christlichen Mysterien profaniert. Für den Künstler, der über den Parteien stehen soll, dürfen solche Bedenken nicht existieren. Der Hauptgrund für den eingenommenen gegnerischen Standpunkt ist wohl, daß der enge Zusammenhang zwischen Mystizismus und Sinnlichkeit mit großer Deutlichkeit betont wird und den Klerikalen, als den offiziellen Vertretern des kirchlichen Dogmas, ist es natürlich nicht lieb, wenn in solcher Weise das angeblich Uebersinnliche seines Nimbus entkleidet und als sinnlich erklärt wird. Ein Blick in die Geschichte lehrt, was es damit für eine Bewandtnis hat. Das erhebende, reinigende Moment im altgriechischen Korybantentum, in den Ekstasen des Dionysoskults, läßt sich auf rein physiologische, also natürliche, Art erklären. Nicht anders steht es mit den religiös-ekstatischen Zuständen mittelalterlicher Schwärmer. Und daß in der Madonnenverehrung das erotische Element eine wesentliche Rolle spielt, ist vorurteilsloseren Köpfen schon längst kein Geheimnis. Die Art und Weise, wie Wolf-Ferrari die behandelten Probleme als Musikdramatiker in eine künstlerisch hohe Sphäre hebt, läßt die genannten Einwände in sich zusammenfallen.

Der Komponist vereinigt deutsche und italienische Züge in seiner Kunst. Leidenschaftlich, erregt wie das Blut des Südländers, ist diese Musik, die aufgewendete erhebliche kunstvolle Arbeit, die an alle Ausführenden die höchsten Anforderungen stellt, verrät den Deutschen. Wohl streift der Realismus oft hart die Grenzen des Musikalisch-Schönen, aber alles hat Rasse. Kraft nebeneinander stehen die Tragik und der groteske Humor des Lebens. Im Mittelpunkt steht Maliella, ein Kind der Straße. Sie ist von Carmela aufgezogen worden, gemeinsam mit deren echtem Sohn Genarro. Beide hielten sich bisher für Geschwister. Maliella hat einen unwiderstehlichen Hang zum Leichtsinn. Von der Liebe Genarros will sie nichts wissen. Rafaele, ein Cammorafführer, wirbt auf eigenartige, echt italienische Weise um sie. Sie weist ihn ab, verletzt ihn mit ihrer dolchartigen Haarnadel; das reizt ihn nur noch mehr. Er bietet ihr angesichts einer anziehenden Prozession an, ihr den Schmuck der Madonna zu rauben. Genarro aber, in der Hoffnung, den Nebenbuhler auszustechen, wagt die für einen gläubigen Katholiken unerhörte Tat. Sie legt den Schmuck an. Sie gerät in einen visionären Zustand. Die szenische Vorschrift sagt: Ein unheimliches Bedürfnis nach hingebender Liebe bemächtigt sich des Mädchens . . . Sie sieht nicht, daß Genarro bei ihr ist, sie denkt nur an Rafaele und gibt sich hin. Aber wozu die Prüderie seitens der Regie? Beide sinken zu Boden auf den Grastteppich . . . verlangt das Textbuch, statt dessen stellt man eine Art von lebendem Bild. Diese Schamhaftigkeit, die doch nicht überzeugt, ist im Interesse des Verständnisses verfehlt. Rafaele selbst, als er erfährt, ist über die Kühnheit der Tat entsetzt, an deren Ausführung er nicht ernstlich gedacht hatte. Das ist wieder charakteristisch, diese Verquickung von Verbrechertum und Religiosität, die sich bei den italienischen Cammoristen findet. Genarro gibt sich in schwärmerischer Verzückung vor dem Bilde der Madonna selbst den Tod.

Die Aufführung verdient nach jeder Seite hin hohes Lob. Wenn in den Ankündigungen auf die enormen Schwierigkeiten hingewiesen wurde, so war das nicht zuviel gesagt. Nur gründliche Arbeit konnte hier zu einer abgerundeten Leistung führen. Das zeigten schon die Chöre, denen für die Darstellung des Volkslebens ein breiter Raum zugewiesen ist. Sie werden vielfach in mehreren selbständigen Gruppen behandelt. Als Maliella schuf Aline Sanden aus Leipzig eine Gestalt von hervorragender Realistik, eine Temperamentvolle, wie sie so recht ihr ureigenstes Gebiet ist. Auch als Sängerin verriet sie die kultivierte Künstlerin, die ihrer von Natur nicht großen Stimme starke Wirkungen abzugewinnen weiß. A. Fährbach hat alle Aussicht, ein vorzüglicher Genarro zu werden. Er war stimmlich gut disponiert und bot eine durchgearbeitete schauspielerische Leistung.

In der Sterbesszene stören einige Uebertreibungen. Gut, von einigen stimmlichen Uebertreibungen abgesehen, war Erik van Horst als Rafaele. Auch als Darsteller gab er den Camorristen vortrefflich. Die übrigen sehr zahlreichen kleineren Rollen fügten sich meist gut in den Rahmen ein. — Ausgezeichnetes hatte Oberregisseur Theo Raven geleistet. Kapellmeister C. Ohnesorg leitete den komplizierten musikalischen Apparat mit hoch anerkennenswerter Energie und Umsicht und dem künstlerischen Temperament, das diese Musik erfordert. Die Hauptdarsteller, sowie der musikalische und der szenische Leiter wurden am Schluß lebhaft gerufen und konnten den diesmal wohlverdienten Beifall ernten. W. A.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Allerlei.

Wenn die Justiz milde urteilt.

In der Nacht zum 5. Februar fand in Marburg ein Studentenkrawall statt, der sich gegen die Polizei richtete. Die Polizisten wurden beleidigt und mißhandelt. Den Höhepunkt der Exzesse, an dem mehrere hundert Studenten beteiligt waren, bildete ein Bombardement der Polizeiwache mit Pflastersteinen. Sämtliche Fensterscheiben der Polizeiwache wurden eingeworfen, auch sind Revolverschüsse in großer Zahl abgegeben worden. Dieser Tage hatten sich vor dem Marburger Schöffengericht zwei Studenten wegen ihrer Teilnahme an dem Krawall zu verantworten; sie wurden zu 200 Mark und 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte für einen der Angeklagten wegen der nachgewiesenen Rädelsführerschaft eine Gefängnisstrafe von einem Monat beantragt, da sich die Exzessenten benommen hatten, wie der schlimmste Janhagel der Großstadt, wie Rowdies der schlimmsten Sorte. Das milde Urteil wurde begründet mit Rücksichtnahme auf die „Wirkungen des Alkohols" und des „suggestiven Einflusses der Masse". —

Da, wie weltbekannt, in Preußen-Deutschland völlige Rechtsgleichheit herrscht, würden natürlich auch die wüsten Ausschreitungen der gebildeten Studenten eine gleich milde richterliche Beurteilung erfahren haben, wenn sie unter den „Wirkungen des Alkohols" oder „ungebildeten" Arbeitern begangen wären. . . . Oder meint da jemand, man würde im gleichen Falle Arbeitern den Prozeß wegen Aufruhrs oder Landfriedensbruchs gemacht haben.

Die Dynamitexplosion im Hafen von Baltimore war von furchtbarer Wirkung. Im ganzen sind **fünfzig Personen getötet und sechzig verletzt** worden, unter ihnen fünfzehn schwer. Der angerichtete Schaden wird auf 500 000 Dollar geschätzt. Man glaubt, daß sich noch viele Leichen im Wasser befinden.

Kleines Allerlei. Heftiger Sturm herrscht an der ligurischen Küste. Zahlreiche Schiffsunfälle sind zu beklagen. — In schwerem Sturme scheiterte an der Südküste Islands der englische Fischdampfer Admiral Togo. Die aus 20 **Mann bestehende Besatzung fand in den Wellen den Tod.** — — Die Offiziersflieger Bachmann und Oberleutnant Detten, die auf einen Albatros-Doppeldecker einen Ueberlandflug von Döberitz nach Leipzig unternahmen, sind gestern in der Nähe von Luckenwalde abgestürzt. Der Apparat wurde schwer beschädigt. Der Führer Bachmann kam den Morgenblättern zufolge mit leichteren Verletzungen davon, während sein Begleiter einen Oberschenkelbruch und mehrere Rippenbrüche erlitt. Der Apparat war für die türkische Heeresverwaltung bestimmt

Letzte Nachrichten.

Das mörderische Schlachten um Adrianopel.

Wien, 10. März. Wie aus Sofia gemeldet wird, wurden die Befestigungen von Adrianopel am Sonntage den ganzen Tag über heftig bombardiert. Die Bulgaren haben sich nach mörderischem Kampfe des Forts Heitan Tarla bemächtigt, wobei 400 türkische Soldaten und 20 Offiziere gefangen genommen wurden. Ein Versuch der Türken, das Fort wieder zu erobern, ist mißlungen.

Die „Luftinvasionsfurcht" in England.

Wie aus Dover gemeldet wird, wurde das neue Gesetz zum „Schutze gegen ausländische Luftschiffer und Flieger" am Sonntage zum erstenmal angewendet, und zwar gegen den französischen Flieger Marty, der mit dem Engländer Ramsey, einem Sohne des berühmten Physikers, mit seinem Zweidecker in der Nähe von Adicham landete. Marty und Ramsey wurden von der Polizei einem Verhör unterzogen, aber schließlich „ermächtigt", ihren Flug nach London fortzusetzen.

Neue Kämpfe in Mexiko.

Aus Mexiko wird von Aufständen in verschiedenen Teilen des Landes berichtet. Die Rebellen rüsten sich zum Angriff auf Acapricta. Das amerikanische Kriegsdepartement bereitet die eilige Entsendung von weiteren 8000 Mann an die Grenze vor. Nach einer Depesche aus Laredo in Texas haben gestern 1200 Mann Regierungstruppen unter General Blanquet den ganzen Tag mit Rebellen um den Besitz von Saltillo im Staate Coahuila gekämpft. Schließlich gaben die Rebellen die Stadt preis und flüchteten ins Gebirge.

Säuglinge sollen nur schreien, wenn sie hungrig oder naß sind. Anhaltendes Schreien findet sich meistens bei Stuhlverstopfung, welche durch die Ernährung mit „Kufeke" und Milch verhütet wird.
„Kufeke" macht die Milch leichter verdaulich und erhöht durch seinen Gehalt an Mineral- und Eiweißstoffen auch ihren Nährwert.

Cocosa
Feinste Pflanzen-Butter Margarine
Geschmack Aroma Bekömmlichkeit wie bei bester Naturbutter
Überall erhältlich! Überall erhältlich!
Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 8. März.
Aufgeboten: Arbeiter Böck u. Dorothy Marlack (Brandhorstersteg 8 u. Kellerstr. 59) Schlosser Schmidt und Martha Warneck (Kaffineriestr. 3 und Rokleben). Mechaniker Wendt und Martha Meyer (Wegscheiderstr. 2). Schloss. Kohl u. Ida Hackert (Schönnewitz u. Kirchnerstr. 13). Stellmacher Laue u. Emma Kibpzig (Landsbergerstr. 54 u. Delitzsch). Postbote Stübner u. J. Donnell (Halle und Sinsleben). Diener Jäger u. M. Lamprecht (Leipzig u. Wettin).
Eheschließungen: Metalldreher Hoffmann u. Else Dietrich (Kalbstraße 18 u. Albert Schmidtstr. 1). Krahnwärter Raue u. Frida Hoffmann (Pfännerhöhe 60 u. Steinweg 13). Maurer Rüdiemann u. Hedwig Müller (Magdeburgerstraße 24 u. Halberstädterstr. 13). Fahrstuhlführer Müller u. Hedwig Müller (Beesen und Bernhardostr. 56). Arbeiter Kittelmann u. Martha Amelang (Steg 4 u. Glaucharstr. 71).
Geboren: Arbeiter Gebhardt T. (Tholuckstraße 4). Geschäftsdiener Riedel S. (Glaucharstr. 27). Kaufmann Reichardt aus Aschersleben T. (Klinik). Prakt. Arzt Kunitz a. Merseburg S. (Klinik). Geschirrführer Reß S. (Böckerstraße 1). Packer Weinhage T. (Grünstraße 28). Bildhauer Burckhardt S. (Krausenstraße 12). Arbeiter Kittelmann T. (Zapfenstraße 22). Tapezierer Welland S. (Wörmlitzerstraße 99).
Gestorben: Verst. Kaufmanns Brand S. totgeb. (Landsbergerstraße 60). Bergarbeiter Schubert aus Osmünde, 25 J. (Bergmannstrost). Schornsteinfegermeisters Just S., 3 T. (Liebenauerstr. 159). Bäcker Schönbrodt, 42 J. (Rud. Hapmstr. 33). Arbeiters Fischer T., 10 Mon. (Böllbergerweg 61).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a)
8. März.
Aufgeboten: Maurer Strauß und Marie Kölling (Löbejün und Angerweg 6). Stellmacher Albrecht und Marie Masseck (Adolfstr. 2 und Magdeburgerstraße 61).
Eheschließungen: Drahtzieher Zmarzly und Marie Schönberg (Schillerstr. 17). Schlosser Börner und Elsbeth Brüning (Triftstr. 28 und Königsberg 1b). Gerichtsassessor Falcke und Katharine Zacher (Osterburg und Viktoriaplatz 6).
Geboren: Arbeiter Voigt S. (Angerweg 5). Schuhmacher Wiese T. (Schillerstraße 37).
Gestorben: Steuerauseher a. D. Gesche, 68 J. (Seydlitzstraße 9).

Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren.
Lebens-Erinnerungen von Robert Thomas.
Preis 1.00 Mk., Porto 30 Pfg.
Volksbuchhandlung
Halle a. S., Harz 42/43.

Restaurant
mit vollständigem Inventar von Brauerei an tücht. kautionsfähige Wirtsleute sofort zu vergeben. Off. u. B. Z. 8801 an Rudolf Mosse, Halle.

Gut erhalt. Möbel, Federbetten, Nähmaschinen, Spiegel billig zu verk. 6661 Miedel, Alter Markt 22

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Bäckerzeitung, Eßlingen 156. *1903.

Sozialdemokrat. Verein für Halle und Saalkreis.

Nachruf!

Am Freitag, den 7. März ds. Js., verstarb unser Mitglied, die Sleppertin

Anna Knitter,

im 31. Lebensjahre. 6819

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokrat. Verein für Halle u. d. Saalkreis.

Nachruf!

Es verstarb unser Mitglied, der Bergarbeiter

Karl Schubert,

aus Osmünde, im 26. Lebensjahre. 6831

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0007

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Heute Montag, abends 8 Uhr. Première: **„Der lustige Kakadu“.** Operette in 3 Akten von Wilhelm Jakoby und Arthur Lippschütz. Musik von Heinz Sanzin.

In allen Stücken riesiger Lacherfolg!

Ausserdem aus Anlass des 100jährigen Gedenkfeier, bei festlich erleuchtetem Hause; 6892

Jubel-Ouvertüre von C. M. von Weber.

Hierauf anschliessend: **„Das eiserne Kreuz“.** Militärisches Lebensbild in 1 Akt v. Ernst Wichert.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Freidenker-Vereinigung, Halle.

Mittwoch den 12. März 1913 abends 8½ Uhr in den Glaucharer Baßsälen, Lerchenfeldstraße:

Oeffentlich. Vortrag

Thema:

Gedächtnisfeier für die Dichter Friedrich Hebbel und Richard Wagner.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein Der Vorstand.

Eintritt frei!

NB. Anschließend: **Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Da Erstwahlen vorliegen, erwartet vollzähliges Erscheinen der Mitglieder

6882 Der Vorstand.

Apollo-Theater.

6823

Abends bis 9 Uhr, bei gewöhnlichen Preisen,

mit hier noch nie gesehener Pracht-Ausstattung:

100 Personen **Halle steht Kopf!** 100 Personen

Gr. Revue mit Gesang und Tanz in 8 Bildern v. L. u. A. Bendixen.

Das Corps de Ballett besteht aus 40 Damen.

Heute, Montag: **Fest-Vorstellung**

den 10. März: anläßlich der Hundertjahrfeier der Freiheitskriege.

Huldigung der deutschen Burschenschaften. — Lebendes Bild:

Königin Luise.

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Handelskammer-Syndikus Dr. Pfahl

am Freitag den 14. ds. Mts., abends ½9 Uhr

im Saale des Neumarkt-Schützenhauses

Trusts, Syndikate und Kartelle

in ihren Beziehungen zum Handel und zum Publikum.

Alle Interessenten sind hierzu eingeladen.

Rabatt-Spar-Verein E. V.
Halle (Saale).

6830

Circus Charles

Ab heute, Montag:

30 Pf. Galerie.

50 Pf. III. Platz.

80 Pf. II. Platz.

Volks-Vorstellungen!

I. Platz **1.20**

Sperrsitz (num.) **1.80**

Loge (num.) **2.50**

Trotz der billigen Eintrittspreise zahlen Kinder unter 14 Jahren sowie Militär vom Feldwebel abwärts, i. d. Mittwoch-Nachm.-Vorstellg. nur halbe Preise wie bisher. *2515

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.

Dienstag den 11. März 1913

179. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel. Novität: Novität:

Zum letzten Male:

Hinter Mauern

Schauspiel in 4 Akten von Henri Nathansen.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.

6815 Ende gegen 10 Uhr.

Mittwoch den 12. März:

181. Abonnem.-Vorst. 1. Viertel. Mit neuer Ausstattung an Dekorationen und Requisiten. Novität: Novität:

Zum 2. Male:

Der Schmuck der Madonna.

Oper in drei Akten von Ermanno Wolf-Ferrari.

Gebrauchte Kastenregale, Warenschränke, Fachregale, Ladentische mit und ohne Marmor- u. Eichenplatten, Geldschränke

6825 verkauft

Friedrich Pelleke, Geiststraße 25.

---

2 Stck. guterhaltene *2510

grosse Blasebälge

billig z. verk. Blücherstr. 10.

---

*2512 **Hühner** 1912er Frühbrut, schönste Rasse, fleißige Eierleger, gar. leb. Ank., tierärztl. untersucht, pr. Stamm m. schönem Hahn, 8 St. 20 ℳ, 12 St. 27.50 ℳ Probepostkorb 3 St. 7.50 ℳ A. Strozzand, Berlin 55, Goldaperstr. 110.

Deutscher Holzarbeiter-Verband,

Zahlstelle **Halle** (Saale).

Dienstag, 11. März abends 8 Uhr
im großen Saale des „Volkspark“, Burgstraße 27

Außerordentliche

Mitgliederversammlung.

6816

Tagesordnung:

1. **Berichterstattung und Beschlußfassung über das Resultat der Tarifverhandlungen.**
2. Sonstiges.

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung, ist es Pflicht jedes Mitgliedes **pünktlich** zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Frauen

Spritzen, einfache, nur 1.85.

Sie brauchen

für meine sorgfältige Frauen-Douche „Victoria I“ nicht 6829 5 Mk., sondern

nur 3 Mark

auszugeben, weil kein Laden, kleine Spesen u. kleinen Nutzen habe. — „Victoria“ hat dickes Hartgummirohr, ist außerordentlich preisbillig und **ärztlich begutachtet!!!**

Diese:

„Victoria II“, **dreiteilig** mit **3 Kanülen, allen Anforderungen genügend,** nur Mk. 5.–

Die Frauen-Douche „Victoria“ hat sich nicht nur rückhaltlose Billigung d. Arztes, sondern auch die Gunst der Wärterinnen in steigendem Maße erworben, und es ist nicht zweifelhaft, daß sie allmählich alle bisherigen mehr oder minder mangelhaften Konstruktionen verdrängt und die Alleinherrschaft auf dem hier in Betracht kommenden Gebiete erringen wird.

Berlin, Juni 1910.
Dr. med. Guttmann, Frauenarzt.

Geschickte Bedienung v. kostenl. Ausk. durch ehem. **Hebamme.**

Versand überall hin.

Hygienische

Artikel zu billigsten Preisen. Broschüre gratis u. franko.

Sanitas-Depot, Halle (S.), Augustastr. 11, pt.

Morgen, Dienstag
vormittags 10 Uhr: 6826

Fortsetzung
der

Schuhwaren-Auktion

im früheren Geschäftslokal der Firma

Gutermann & Co.,

Gr. Ulrichstr. 13/15.

---

en gros

½ Pfund nur **38** Pfg. 1 Pfd. 75 Pf.

Dienstag d. 11. März:
Eröffnung meiner Filiale
Talamtstrasse 3 (am Hallmarkt)
der berühmten, köstlich schmeckenden
Delikatess-Tafel-Nussbutter
Marke **„Konkurrenzlos“** 6615
(im Sinne des Gesetzes Margarine).

Am 11. und 12. März erhält jeder Käufer in meiner Filiale Talamtstr. 3 auf 1 Pfd. Butter **1 Tafel ff. Blockschokolade gratis!**

Ernst Tinne, Nussbutter-Zentrale.

½ Pfund nur **38** Pfg. 1 Pfd. 75 Pf.

en detail

Nur Dienstag! Nur Dienstag!

1 Waggon, früh 7½ Uhr eintreffend: 6818

Kabeljau ohne Kopf Pfund **18** Pfg.

Schellfisch ohne Kopf Pfund **23** Pfg.

Karbonaden brafertig Pfund **28** Pfg.

„Nordsee“

Deutschands grösster Seefischhandel.

Zum 16. März!

Die Geschichte der Berliner Märztage.

Eine naturgetreue Schilderung der Berliner März-Revolution von 1848 von **Michel Deutsch.**

Preis 5.00 Mark. Preis 3.00 Mark.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

2407 **+ Frauen +**

brauchen bei Störung u. Unregelmäßigkeit, sowie Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salmenol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 Mk., Tropfen 6.00, 5–10 Mk., sowie ärztl. bestens empfohlene Behandlungsartikel billigst

Fil.- Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle (Saale) Graisemeg 3a, p. l. Damenbedienung. Ausgabestelle.

1 Pianino verkauft 6884

Geiststraße 25

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Essen Sie **Honig,** wenn nötig, Sie Ihre Gesundheit erhalten wollen. Garant. reiner Blütenhonig, hervorragend schmeckend, Pfd. 90 Pfg., bei 5 Pfd. 85 Pfg. empfiehlt 6813

Carl Bogel, Breitestraße 1, Marktplatz, Turm und Leipzigerstraße 61/62.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. **Zander,** Gr. Klausstraße 12. *722 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Nur 48 Mk.

Prachtv. Plüschsofas, groß. Spiegel 10 Mk., Schreibtisch mit Aufsatz 22 Mk., 2 Bilder, Tropfch. Uhr, sehr gute Nähmaschine, 2 hohe Bettstellen, Ausziehtisch, sehr schöne Küchenmöbel staunend billig verkauft

S. Rosenberg, Geiststraße 21, I. 6812

---

18 M. Ober-, Unterbett, Kissen, rot Inlett zu verkaufen Heinestr. 21, 1 Tr. 6811

Achtung! Immer giebt es noch jeden Dienstag u. Sonnabend auf dem Hallmarkt die hochfeine hausschlachtene **Wurst** von **O. A. Schumann,** Thomasiusstr. 31, Stand an der Marktkirche. 6820

Wohnungs-Anzeigen

Wohnung,

I. Etage (Vorderhaus) mit Gas, für 250 Mk. zu vermieten. 6826 Näheres Geiststr. 25.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 59 Halle (Saale), Dienstag den 11. März 1913 24. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung, Sonnabend, den 8. März 1913, vormittags 11 Uhr.
Am Bundesratstische: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des

Etatsnotgesetzes.

Abg. Haase (Soz.):

Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir gemäß unserer Haltung zum Gesamtetat auch den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. Das hindert uns aber nicht, die entscheidende Kritik daran zu üben, daß die Etatberatung nicht bis Ostern zu Ende geführt worden ist. (Lachen rechts.) Die Behauptung, daß die sogenannte Bielstreberei im Reichstag daran schuld sei, wird glatt widerlegt durch die Tatsache, daß uns von der Budgetkommission bis zum Augenblick irgendein Beratungsstoff überhaupt nicht zugegangen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also die Verantwortung trifft die Regierung, die den Reichstag trotz unseres Protestes erst spät im Herbst einberufen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz frei von Schuld zu sprechen ist allerdings auch der Reichstag nicht, der vor Weihnachten viel zu früh in die Ferien gegangen ist. Die Erfahrung beweist, daß im Mai keine besondere Lust mehr vorhanden ist, weiterzutagen, und daß dann die Initiativanträge, Petitionen und Vorlagen, die für das Volk Wert haben, einfach unter den Tisch fallen. Der Reichstag wird geschlossen oder vertagt. Das in seinen Grundlagen völlig verfehlte Diätengesetz bedarf dringend einer Umgestaltung (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), um die Abgeordneten auch über den Mai hinaus zusammenzuhalten. Wir erwarten ferner, daß der Reichstag in Zukunft im Herbst einberufen und ihm sofort der Etat vorgelegt wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Serda (Pole): Nach Ablehnung der Ostmarkenvorlage darf die Regierung selbstverständlich den Beamten sie auch nicht auf Grund des Etatnotgesetzes zahlen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Natürlich nicht!) Wenn kein Widerspruch von irgendeiner Seite erfolgt, darf ich dies wohl als Meinung des ganzen Reichstags feststellen.

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird angenommen.

Es folgt der Etat für Ostafrika.

Eine Resolution der Kommission verlangt einen Nachtragsetat mit ausreichenden Mitteln zur Förderung der Baumwollenkultur in den Schutzgebieten.

Abg. Kräßig (Soz.):

Die Baumwollfrage hat zu Angriffen gegen meine Partei herhalten müssen, dabei ist unser Standpunkt, der gleichweit entfernt ist von Schönfärberei und Uebertreibung, der einzig richtige. Herr Erzberger möchte die Eingeborenen daran gewöhnt sehen, nicht mehr im Adamskostüm herumzulaufen, um den Absatz an Textilprodukten dort zu vergrößern. Diese Ausführungen berühren merkwürdig bei einem Befürworter der Zoll- und Teuerungspolitik, die die Arbeiter in unserem eigenen Lande ihre Kinder immer schlechter kleiden läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir bringen der Baumwollkultur Sympathie entgegen und wollen gern die Kultur der Eingeborenen fördern. Diese verständige Kolonialpolitik haben wir immer empfohlen, die in den Eingeborenen den wertvollsten Besitz der Kolonien sieht, und haben stets vor der Desperadopolitik gewarnt, die zu der Ausrottung der Eingeborenen geführt hat. Wie sind wir deshalb 1907 beschimpft worden. Für die Baumwollenkultur sind die Eingeborenenpflanzungen weit wertvoller als die Plantagen. Kommt es doch vor, daß Leute solche Plantagen gründen, die von Landwirtschaft keine Ahnung haben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch haben die Pflanzungen der Eingeborenen weit weniger Mißerfolge als die großen Plantagen. Diese verkrachten Baumwollenplantagen nachher auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu retten, lehnen wir grundsätzlich ab. Von Herrn v. Lieberi haben wir ja gehört, wie solche Gründungen mit Hilfe von Schwindelprospekten zustande kommen. Das mahnt zur Vorsicht. Noch kann die Baumwollproduktion in Amerika enorm gesteigert werden. (Hört! Hört!) Da ist es eine Utopie, daß wir mit unserer kolonialen Baumwolle jemals die Weltmarktpreise werden bestimmen können. Da die Eingeborenen genügsamer sind als die dividendenhungrigen Plantagenbesitzer, so werden sie auch bei sinkenden Preisen den Betrieb aufrecht erhalten können, während die Plantagengesellschaften sofort nach Staatshilfe, nach Schutz der „nationalen Arbeit" schreien werden. Die Regierung immer weiter anzutreiben, wie es die Resolution will, machen wir nicht mit. Kommt eine Vorlage, so werden wir sie prüfen. Man hat die Erwartung ausgesprochen, daß der deutsche Textilarbeiterverband dem kolonialwirtschaftlichen Komitee Mittel zur Hebung der Baumwollkultur zur Verfügung stellt. Dieses Komitee dient doch nur kapitalistischen Interessen, die Gelder des Textilarbeiterverbandes aber sind von den Arbeitern aufgebracht worden, um ihre eigenen traurigen Verhältnisse in Deutschland zu verbessern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (Z.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution. Die Verantwortung für unsere Wirtschaftspolitik, die der Vorredner uns zum Vorwurf machte, tragen wir gern. Würden die Zölle auf Textilwaren aufgehoben, so wäre das Elend unter den Textilarbeitern noch viel größer, denn gerade die Textilwaren sind in erster Linie auf den inneren Markt angewiesen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wenn man bei der Frage der Baumwollkultur von kapitalistischer Ausbeutung sprechen will, muß man doch zuerst an Amerika denken, dem wir bereits mit 400 Millionen jährlich tributpflichtig sind. Wird die Baumwollkultur in Amerika noch ausgedehnt, so wird auch die Textilindustrie sehr traurig. Deshalb liegt es auch im hervorragenden Interesse der Arbeiter, daß die Baumwollkultur in unseren Kolonien gefördert wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Vp.) tritt für die Schiffbarmachung des Rufiji-Flusses ein.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Unterlauf des Rufiji ist bereits schiffbar, weitere Mittel zu einer Schiffbarmachung sind ausgeworfen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): In der Frage der Baumwollkultur in unseren Kolonien sollten Parteigegensätze nicht mitspielen. Das jetzige Monopol der Amerikaner ist zweifellos die beste Grundlage für Spekulationsausschreitungen. Deshalb ist es gerade für unsere Arbeiter sehr wichtig, daß in unseren Kolonien die Baumwollpflanzungen so stark als möglich gefördert werden. Schließlich werden wohl auch die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen Windmühlenflügel aufgeben.

Abg. Kräßig (Soz.):

Wir Sozialdemokraten treten durchaus für die Baumwollkulturen der Eingeborenen ein; die Resolution aber lehnen wir ab, weil wir keine Garantie haben, daß die darin verlangten Mittel auch wirklich dieser Baumwollkultur dienen sollen.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird angenommen, desgleichen zwei Resolutionen der Kommission, von denen sich die eine gegen den Arbeitszwang für die Eingeborenen ausspricht, und die andere im nächsten Etat größere Mittel zum Bau und zur Unterhaltung von Hospitälern für die Eingeborenen fordert.

Abg. Dr. Paasche (natl.) wünscht systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus unter den Eingeborenen.

Staatssekretär Dr. Solf: Natürlich suchen wir den Alkohol den Leuten abzugewöhnen. Die alkoholischen Getränke sind nicht erst durch die Europäer nach Ostafrika gekommen, sondern die Eingeborenen haben von jeher ihre eigenen alkoholischen Getränke gehabt.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Es folgt der

Etat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, die für Neu-Kamerun die Errichtung von Eingeborenenreservaten und die Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute fordert.

Abg. Dr. Brabant (Rp.): Neu-Kamerun ist ja nicht gerade ein Paradies, aber die unginstige Meinung, die zur Zeit des Marokkoabkommens allgemein verbreitet war, ist nicht zutreffend. Wir müssen das Land, das wir einmal haben, aufschließen. Der Schutztruppe sowie dem Major Domini und dem Gouverneur v. Puttkamer, die für die Erschließung Kameruns sehr viel getan haben, gebührt unser Dank. Das Erbe, für das so viele deutsche Brüder ihr Leben gelassen haben, wollen wir treu bewahren und einer glücklichen Entwicklung entgegensehen. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich danke dem Vorredner für seine warmen Worte. Dr. Weill hat gestern aus den Verhandlungen der französischen Konzessionsgesellschaften mit der Gesellschaft Süd-Kamerun den Schluß gezogen, die Regierung und Dr. Semler begünstigen die Konzessionsgesellschaften. Dabei hat doch keine Partei einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Konzessionsgesellschaften für die schlimmste Erbschaft ansehen, die wir in Neu-Kamerun mit übernommen haben. Es ist auch ganz unzulässig, einem Abgeordneten, wie Dr. Weill es getan hat, seine Tätigkeit in seinem Privatberuf zum Vorwurf zu machen. Dr. Semler hat an den Verhandlungen als Advokat teilgenommen. Wenn in den Zeitungen dabei alle seine Titel aufgezählt werden, auch seine Eigenschaft als Abgeordneter, so ist das etwas, dem sich niemand von uns entziehen kann. Er hat nur sein gutes Recht ausgeübt, indem er als Advokat bei den Verhandlungen Rat erteilte. — Dem Lob des Vorredners über Neu-Kamerun kann ich nicht ganz zustimmen, aber jedenfalls müssen wir weiter arbeiten und versuchen, dies Land, das wir nun einmal haben, zu erschließen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Solf: Ich habe Herrn Dr. Weill gestern nicht geantwortet, weil ich im Zweifel war, ob dies nicht vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geschehen würde. Ich habe mich inzwischen mit Herrn v. Jagow in Verbindung gesetzt und wir sind übereingekommen, daß ich die Antwort gebe. Herr Dr. Weill hat in seiner sorgfältig präparierten Rede folgende Thesen aufgestellt: zunächst die, daß das Konzessionssystem schlecht ist. Das ist die Ansicht aller Parteien im Hause, und auch die Regierung hat niemals hinter dem Berge damit gehalten, daß es auch ihre Ansicht ist. Wir haben auch die berechtigte Hoffnung, daß die Konzessionsgesellschaften in Neu-Kamerun den Weg gehen werden, wie in Süd-Kamerun, daß die großen Konzessionsgesellschaften zusammenschrumpfen und geminderte Eigentumsrechte gegeben werden. Die zweite These war, die Neu-Kameruner Gesellschaften haben das Land im Interesse weniger Kapitalisten ausgebeutet und verwüstet. In bezug hierauf muß ich den Gesellschaften die Beantwortung überlassen. Falls die Gesellschaften uns ein solches Gesicht zeigen werden, haben wir Mittel und Wege, das nicht aufkommen zu lassen, wir haben die Kongoakte, wir haben unsere Gesetze und wir haben die Lastenhefte der Gesellschaften selbst. Sie können sich darauf verlassen, daß wir die Gesellschaften ganz genau kontrollieren werden. Deshalb bin ich auch mit der dritten These für Dr. Weill nicht einverstanden, nämlich, daß wir die Gesellschaften Neu-Kameruns mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nein, bekämpfen kann ich die Gesellschaften nicht, daran hindert mich die Vertragstreue gegen Frankreich, wohl aber kann und werde ich sie kontrollieren. Herr Dr. Weill zweifelt daran, daß die Regierung alles tun werde, um die Konzessionsgesellschaften nicht zu stärken, und beruft sich darauf, daß kurz vor der Erwerbung Neu-Kameruns der Botschaftsrat von der Lancken in Gemeinschaft mit Dr. Semler Maßnahmen getroffen habe, um die Konzessionsgesellschaften zu stärken. Ganz im Gegenteil müssen wir Herrn Dr. Semler für seine dabei entfaltete Tätigkeit dankbar sein. Es bestanden Grenzschwierigkeiten zwischen der Süd-Kameruner Gesellschaft und der großen Konzessionsgesellschaft in Neu-Kamerun. Da lag es doch selbstverständlich im Interesse unserer Verwaltung, daß wir bei diesen unbequemen Grenzstreitigkeiten es nicht mit Verhandlungen von Regierung zu Regierung zu tun hatten, und es war deshalb sehr erfreulich, daß Herr Dr. Semler sich in den Dienst dieser Verhandlungen zwischen den Gesellschaften gestellt hat. Daß der Botschaftsrat v. d. Lancken dabei private Interessen verfolgt hat, muß ich ebenso zurückweisen, wie der Abg. Semler für seine Person. Weiter hat der Abg. Weill ausgeführt, es sei eine Verbindung zwischen der Ngoko-Sangha-Gesellschaft und der Companie Forestière im Werden begriffen. Davon ist uns nichts bekannt und ich halte es auch nicht für möglich, daß diese beiden Gesellschaften sich vereinigen. Sollten sie es doch, so bin ich nicht in der Lage, dagegen etwas zu tun. Auf seine Ausführungen in bezug auf die Stärkung der Stellung der „Messageries-Fluviales-Gesellschaft" hat Herr Semler schon geantwortet, und das Haus hat die Tatsache mit Freuden aufgenommen, daß vom 1. April ab statt 5 französischer Dampfer 5 Dampfer mit deutscher Flagge den Kongo hinauffahren werden. Der Gesellschaft ist kein Monopol gegeben, sondern es ist lediglich von ihr die Erfüllung gewisser Pflichten verlangt worden. Ich sehe also nicht, daß bewiesen worden wäre, daß die Regierung Konzessionsgesellschaften hat stärken wollen. Was den Bahnbau über Dualla hinaus nach dem Kongo anlangt, von dem die Companie Forestière angeblich großen Vorteil haben soll, so wird zur Zeit, wenn dieser Bahnbau fertig sein wird, von dieser großen Gesellschaft nur ein ganz kleiner Prozentsatz noch übrig sein. Die Bahn soll auch durchaus nicht den Zwecken der Gesellschaft dienen, sondern sie soll dem Verkehr von Westen nach Osten Neu- und Alt-Kamerun erschließen. Es ist dann gefordert worden, es solle Handelsfreiheit eingeführt werden. Ich habe schon der Kommission zugesagt, daß das geschehen soll, soweit es noch nicht der Fall ist. Die bestehenden Konzessionsgesellschaften müssen wir natürlich respektieren. (Bravo!)

Abg. Erzberger (Z.): Die Konzessionsgesellschaften haben wir seit jeher bekämpft. — Herr Semler hat seinerzeit, als er in die Gesellschaft Süd-Kamerun eintrat, die damaligen Kommissionsmitglieder gefragt, ob wir meinten, daß er trotzdem das Referat in der Kommission beibehalten könne. Ich habe ihm damals gesagt, das sei seine ureigenste Gewissensfrage. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat dann das Referat über den Etat von Kamerun niedergelegt und nur noch über andere Etats referiert. Das war also für das Haus nicht Neues. Etwas anderes wäre es, wenn der Abg. Weill auch nur den Versuch gemacht hätte, zu beweisen, daß Herr Semler seine Eigenschaft als Berichterstatter des Kolonialamts mißbraucht hätte zu seinen persönlichen Bereicherungszwecken. Er sagte nur, das könnte einmal eintreten. Natürlich, das kann bei jedem Abgeordneten eintreten, auch bei sozialdemokratischen Arbeitersekretären; wenn die hier stundenlange Reden über irgendeine bestimmte Frage halten und die dann in ihrem Blatt abdrucken, so fragen sie sich einen Leitartikel. (Aha! Aha! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch dasselbe, als wenn Steinarbeiter oder Metallarbeiter hier ausführlich ihre Berufsfragen erörterten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das nicht wollen, daß Reichstagsabgeordnete auch noch einen Privatberuf haben, so müßen Sie dafür eintreten, daß jeder Abgeordnete auf allgemeine Kosten unterhalten wird. — Herr Noske hat mir dann neulich noch vorgeworfen, ich hätte nicht geantwortet gegenüber einer Rezension meines Buches über koloniale Dinge. Wer schreibt, der wird auch rezensiert; darüber auch noch hier zu Reichstag zu debattieren, habe ich keinen Anlaß.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Ich bin nicht erstaunt darüber, daß der Herr Staatssekretär theoretisch meinen Ausführungen über die Bedeutung der Konzessionsgesellschaften und die Notwendigkeit, ihren Einfluß einzudämmen, zustimmt, weil bereits in früheren Dokumenten der Regierung eine ganz entsprechende Auffassung betont worden ist. Ich hätte es deshalb auch nicht für eine ganz besonders erfreuliche und überraschende Erscheinung, wenn wir von dem Herrn Staatssekretär erfahren, daß mit Hilfe der Kongoakte usw. Ausschreitungen der Konzessionsgesellschaften zurückgewiesen werden können. Das ist mir selbstverständlich. Aber ich habe schon gestern Wert darauf gelegt, daß diese theoretische Entschlossenheit zum Kampfe gegen den vorherrschenden Einfluß und die Mißbräuche der Konzessionsgesellschaften widerlegt ist nicht nur in der Denkschrift der Regierung selbst, sondern auch in ihrer Stellung, die sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu Konzessionsgesellschaften eingenommen hat. Ich habe ganz unwiderlegliche Beweise dafür beigebracht, daß die Taten der Regierung mit ihrer theoretischen Antipathie gegen die Gesellschaften in Widerspruch stehen. Es ist mir auch nicht eingefallen, dem Botschafter Frhr. v. d. Lancken irgendwie den Vorwurf zu machen oder nur anzudeuten, als hätte er persönliche Interessen bei den Verhandlungen über die Bahn von Duallah nach dem Kongo vertreten. Was mich interessierte, war nur der Hinweis, daß von diesen Verhandlungen, deren Erfolg die Stärkung der Konzessionsgesellschaften sein mußte, der Beauftragte der deutschen Regierung in Paris aktiv dauernd Anteil genommen hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Zusammenhang hat der Staatssekretär dem Abg. Dr. Semler noch seinen besonderen Dank ausgesprochen, daß dieser sich damals so rege — ich hätte beinahe den Ausdruck erwartet — so uneigennützig (Heiterkeit) daran beteiligt hätte. Es hat sich aber nicht darum gehandelt, wie aus den Ausführungen des Staatssekretärs angenommen werden könnte, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, denen die deutsche Regierung begegnet wäre im Augenblick der Neuerwerbung jenes Gebietes. Diese Verhandlungen haben ja lange vorher stattgefunden, ehe von dieser Neuerwerbung überhaupt die Rede war. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es handelte sich vielmehr um reine Privatgeschäfte, die mit irgendeiner Absicht der deutschen Regierung, politische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, nicht das mindeste zu tun hatten. (Hört! Hört!) Und da meinen wir, ist es nicht Sache des Botschaftsrats v. d. Lancken in Paris, an solchen Unterhandlungen teilzunehmen, die darauf hinauslaufen mußten, die Konzessionsgesellschaften zu stärken und einsturzreichen Reichsbauten die Taschen zu füllen. Es hat sich also nicht etwa um eine vaterländisch- Tat des Dr. Semler gehandelt. Der Auslandspolitiker des „Temps", André Tardieu, der der Hauptmacher der Ngoko-Shangha und der Geschäftsfreund des Dr. Semler ist (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), hat die Stärkung der Konzessionsgesellschaften selber zugegeben. (Hört! Hört!) Möge die Regierung mit aller Energie die Gesellschaften zwingen, ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Von Herrn Paasche brauchen wir keine Belehrung darüber, ob eine solche Debatte zulässig ist, zumal wenn es sich um die Beurteilung einer Aufsichtsratspolitik handelt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uns leitet nur unsere Pflicht und unser Gewissen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Den Vergleich des Herrn Erzberger zwischen Vertretern von Gewerbsgesellschaften und Vertretern von Gewerkschaften, also von idealen Gemeinschaften, halte ich für absolut unmöglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ja übrigens auch dem Dr. Semler gar nicht das Recht bestritten, zu fragen, die ihn persönlich interessieren, hier aufzutreten. Es wird sicher auch in Zukunft für den Reichstag von großem Interesse sein, aus dem Munde des Herrn Dr. Semler zu erfahren, welches Interesse eine Kolonialgesellschaft an einer bestimmten Frage hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit handelt es sich um den Nachweis, daß die Eigenschaft des Abg. Semler als Referent des Kolonialetats zu seiner Empfehlung für gewisse geschäftliche Transaktionen gedient hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich war so wohlwollend, daß ich gar nicht daran gezweifelt habe, daß er keine Einsicht in den peinlichen Zusammenhang zwischen seinem parlamentarischen Amt und seinen Privatinteressen hat. Diese Ausnutzung seiner parlamentarischen Eigenschaft zu Geschäftszwecken kann nicht bestritten werden, und wenn Herr Semler so uneigennützig sein will, trotz dieser peinlichen Situation das Referat zu behalten, so hat der Reichstag die Pflicht, ihn davor zu bewahren. Wir Sozialdemokraten werden es jedenfalls stets für unsere Pflicht halten, in die Zusammenhänge von Politik und Finanzkapital hineinzuleuchten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Es ist eigenartig, daß gerade der Herr Vorredner in so scharfer Weise gegen französische Konzessionsgesellschaften Stellung nimmt. Herrn Semler kann man nicht zum Vorwurf machen, daß von ausländischen Gesellschaften seine Eigenschaft als Referent des Kolonialetats ins Feld geführt worden ist.

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr Semler leidet nicht nur an einer bedauerlichen Farbenblindheit auf dem Gebiete der politischen Moral (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Präsident Kaempf rügt den Ausdruck), er leidet auch an einer bedauerlichen Gedächtnisschwäche, wenn er es so darstellt, als ob wir ihn ganz plötzlich wegen dieser Dinge angriffen. Die Angelegenheit hat uns vielmehr seit Jahren und unmittelbar jetzt in der Budgetkommission beschäftigt. Herr Semler erzählte, Erzberger u. a. hätten ihm gesagt, er könne das ruhig tun. Von Erzberger haben wir eben gehört, daß er ihm ganz etwas anderes gesagt hat, nämlich, er habe das mit seinem Gewissen abzumachen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Genosse Singer und ich haben schon seinerzeit verlangt, daß Dr. Semler bei der Beratung von Kolonialfragen aus der Budgetkommission ausscheiden solle; ein Aufsichtsratsmitglied einer Kolonialgesellschaft gehört schon aus Reinlichkeitsgründen dort nicht hin. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Semler hat es so darzustellen gesucht, als ob wir seine Berufstätigkeit angegriffen hätten und gemeint, wir könnten doch nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Abgeordnete sein. Unser uns ist auch kein gewesener Schauspieler; wenn er aber den Schauspielerberuf diskreditieren will, so mögen sich die Schauspieler und ebenso die Journalisten mit ihm darüber auseinandersetzen. Nicht genannt hat er einen unter meinen Freunden stark vertretenen Beruf, den der Rechtsanwälte, denn er selber angehört. Ich halte diesen Beruf für ebenso anständig, wie den eines Journalisten oder Schauspielers. Aber jeder Rechtsanwalt unter meinen Freunden würde sagen, ich würde mich in den Grund meiner Seele schämen, wenn ich als Rechtsanwalt eine solche Aufsichtsratspolitik hier im Reichstage triebe wie Dr. Semler. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Ausdruck „Aufsichtsratspolitik" stammt übrigens von Herrn v. Heyl, der über die Aufsichtsratspolitik in der nationalliberalen Partei klagte. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir diese Dinge, die das Ansehen des Dr. Semler nicht vermehrt haben, hier wieder zur Sprache bringen, so deshalb, weil er in der Budgetkommission für den Bau einer Bahnlinie dis zu dem Hafen, den wir durch das Marokkoabkommen erhalten haben, mit der Motivierung eingetreten ist, der Verkehr vom oberen Kongo könnte dadurch abgefangen und durch das deutsche Gebiet geleitet werden. Ich habe das Widersinnige dieser Motivierung dargelegt. Eine Wirkung hätte der von Semler befürwortete Bahnbau allerdings gehabt: die Bahn hätte das Gebiet der Süd-Kamerun-Gesellschaft durchschnitten und so der Gesellschaft einen kolossalen Vorteil gebracht. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Semler hat also unter unrichtigen Behauptungen eine Bahnlinie empfohlen, die die Gesellschaft, der er als Aufsichtsrat angehört, wirtschaftlich [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0009

würde. Er sucht also seine Stellung als Abgeordneter zu Maßregeln auszunutzen, die seiner Gesellschaft zugute kommen. Das verträgt sich nicht mit unseren Begriffen von politischer Moral. Einen Farbenblinden stellt man nicht als Lokomotivführer an. Wir werden die Haltung Semlers bei jeder Gelegenheit an den Pranger stellen, und diese Aufsichtsratspolitik mit Hilfe der öffentlichen Meinung im Reichstag unmöglich machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen, ebenso der Etat selber und der Etat für Togo.

Beim Etat für

Etat für Südwestafrika.

liegt eine Resolution der Kommission vor, im nächsten Etat die Schutztruppe zu verringern. Eine zweite Resolution will, daß in Zukunft die Kosten für Landespolizei und Schutztruppe einheitlich nach einem festzusetzenden Verhältnis auf Reich und Schutzgebiete verteilt werden. Eine dritte Resolution verlangt, die nach Kamerun verbannten Hottentotten in ihre Heimat zurückkehren zu lassen und dort ihren früheren Lebensgewohnheiten gemäß anzusiedeln.

Abg. Dr. Quessel (Soz.):

Dr. Solf wollte sich auf einen Artikel von mir in den „Sozialistischen Monatsheften" nicht berufen, um mir, wie er sagte, nicht zu schaden. Ich bedaure das, denn diese Anführung hätte nicht mir, sondern ihm geschadet. Ich führe darin aus, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein der landwirtschaftliche Großbetrieb in den Kolonien überall zur Versklavung der Eingeborenen geführt hat. Damit müßten wir uns abfinden, sage ich, wenn die tropischen Produkte anders nicht zu erhalten wären. Ich beweise dann aber gerade, daß das nicht nötig ist, und daß in der tropischen Landwirtschaft der Kleinbetrieb sehr leistungsfähig ist. Ich bin mit meinem Parteifreund Henke vollständig einverstanden in der Beurteilung der Gesiedlerenen- und Plantagenpolitik. Zwischen uns bestehen nur Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten zivilisatorischer Kolonialpolitik. Henke beurteilt sie pessimistisch, ich sie mehr optimistisch. Auf die Diamanten ist die Zukunft Südwestafrikas sicher nicht zu gründen; aber vielleicht kann die Viehzucht die Zukunft der Kolonie werden. Freisich, wenn wir die Oeffnung der Grenzen für südwestafrikanisches Fleisch fordern, fliegt die koloniale Begeisterung des Alphaltagrariers Oertel zum Redaktionsfenster hinaus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als der Schrei der Not durch ganz Deutschland tönte, riet Graf Kanitz den Pflanzern, ihr Vieh nach dem zollfreien England zu verkaufen. Jahrzehntelang hat also das deutsche Volk ungeheure Opfer gebracht, damit die Engländer billiges Fleisch bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Krebsschaden sind die Heimatbeurlaubungen, die unseren Etat unerhört belasten. Dabei hat Deutsch-Südwestafrika ein Klima, das auch den Nordeuropäern dauernde Tätigkeit erlaubt. Das Klima ist durchaus gesund; nur die Beamten scheinen anderer Meinung zu sein, und die Regierungsärzte bescheinigen ihnen prompt die Krankheit. Die Urlaube kosten riesige Summen. So hat Herr Dr. Schuckmann allein 25 000 M. Reisebeihilfe erhalten. Dagegen sind die Löhne der Arbeiter in Deutsch-Südwest für die Teuerung dort äußerst niedrig. Farbige Lohndrücker, Kaffern, werden von den großen Gesellschaften herangezogen, um die weißen Arbeiter zurückzudrängen. Noch ein Wort zur Eingeborenenfrage. Die Tat des 16jährigen Negers, der ein fünfjähriges Mädchen vergewaltigt hat, verurteilen wir selbstverständlich auf das schärfste. Nun soll aber, veranlaßt durch den Rassenhaß, der daraufhin aufstammte, Gouverneur Seitz das Urteil kassiert haben und der Neger zum Tode verurteilt worden sein. Sollte dies Urteil vollstreckt worden sein, so wäre das ein Akt der schändlichsten Lynchjustiz, der noch dadurch empörender würde, daß er sich in die Formen des Rechts gekleidet hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Redner verlangt alsährliche Tätigkeitsberichte der Eingeborenenkommissare. Den überlebenden Hereros muß geholfen werden. Die Herero, die einer grausamen Ausrottungsstrategie zum Opfer gefallen sind, gehören zu den intelligentesten und fleißigsten Negern. Wenn wir als Kulturvolk vor dem Richterstuhl der Geschichte bestehen wollen, dürfen wir nicht ruhig zusehen, wie die letzten Reste der unserer Obhut anvertrauten Volksstämme verkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Gouverneur Dr. Seitz: Ich habe das erste Urteil gegen den Neger nicht bestätigt, weil die erste Verhandlung keine genügende Klarheit über den Tatbestand gab. Der Fall hat sich bei erneuter Untersuchung als viel schwerer herausgestellt. Das Todesurteil habe ich dann in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die billigsten Tagelöhne in Windhuk sind 10 M. für ungelernte Arbeiter, für gelernte 18 M. bis 20 M. (Hört! hört! rechts.) Die meisten Arbeiter haben dort ein Bankguthaben. Ich weiß nichts davon, daß Farbige als Lohndrücker auftreten; dafür sind sie viel zu teuer. Bei den nach Kamerun verbannten Hottentotten handelt es sich nicht um einen Stamm, sondern um besonders gefährliche Leute. Wenn sie das Klima absolut nicht vertragen, bleibt nichts übrig, als sie wieder nach Südwest zurückzubringen und sie dort möglichst gut zu verwahren. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Die Versprechungen, die der Staatssekretär im vorigen Jahre in der Diamantenfrage abgegeben, hat er zum größten Teile erfüllt. Bei neuen Verträgen können wir Berücksichtigung des deutschen Diamantenhandels und der deutschen Diamantenindustrie verlangen. Das hat der Staatssekretär auch zugestanden. Ueber den Weg gehen die Ansichten freilich auseinander. Die Regierung will die alte Schablone des Schutzzolls und der Liebesgaben anwenden. Damit könnte man vielleicht eine nicht leistungsfähige Industrie fördern, nicht aber eine so leistungsfähige wie die deutsche Diamantenschleiferei. Diese braucht nur die Lieferung guter Steine. Der Staatssekretär sollte auch die Arbeiter hören, bevor er sich schlüssig macht. Dann wird das Kolonialamt auch nicht so planmäßig vom Syndikat getäuscht werden können wie früher. So wurde behauptet, den deutschen Schleifern mache vor allem die belgische Hausindustrie Konkurrenz — eine ganz unwahre Behauptung, denn nicht sie, sondern Amsterdam ist für unsere Diamantenschleifer maßgebend.

Staatssekretär Dr. Solz: Wir haben bei dem neuen Abkommen für die Arbeiter ebenso gesorgt wie für den Handel. Wir haben ja auch die Schleiferschule in Hanau errichtet. Aber wir können das Syndikat nicht zwingen, den Schleifern Brot zu geben.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Fachschule für Schleifer in Hanau ist auf unsere Anregung hin gegründet. Alles, was erreicht ist, die Erhöhung der Preise, überhaupt die Gesundung des deutschen Diamantenhandels, ist nur erreicht worden auf Grund unserer Anregungen und der unserer Sachverständigen.

Abg. Quessel (Soz.):

Die weißen Arbeiter in Südwestafrika verlangen nicht den Ausschluß der Farbigen von der Arbeit, sondern protestieren dagegen, daß die großen Gesellschaften landfremde Kaffern als Lohnbrücker heranziehen. Wenn der Gouverneur das ungeheuerliche Todesurteil gegen den Neger nachher reduziert hat, so gereicht ihm das zur Ehre.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat für

Neu-Guinea

tritt

Abg. Schöpflin (Soz.)

für den Schutz der Paradiesvögel ein, die aus schnöder Erwerbssucht niedergemaltt werden. Kommt es doch sogar zu Strafexpeditionen gegen die Eingeborenen infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Jäger und Glücksritter. Auch Kronentauben und Kolibris werden abgeschossen und teuer verkauft. Der Staatssekretär hat sich erfreulicherweise für das Verbot des Abschießens der Paradiesvögel ausgesprochen. Wir erwarten aber, daß er sich nicht bestimmen lassen wird, das Verbot irgendwie abzuschwächen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat für

Kiautschou.

Abg. Dr. Heckscher (Vp.) betont die Bedeutung des deutschen Schulwesens in Kiautschou für den Einfluß Deutschlands auf China.

Staatssekretär v. Tirpitz erläutert Einzelheiten der in Kiautschou geplanten Bahnbauten.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Besatzung halten wir nicht für notwendig. Sie könnte höchstens zu Konflikten führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Dr. Kaempf weist in einer Ansprache auf die Bedeutung der bevorstehenden Jahrhundertfeier hin, die der Gesetzgebung von Stein und Hardenberg, der inneren Befreiung des Volkes und dem ersten Aufflammen des deutschen Gedankens gelte. Das Deutsche Reich feiere zusammen mit dem preußischen Volk die Gedenktage an den großen Beginn der staatlichen Erneuerung, an den ersten Völkerfrühling in Deutschland. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 2. April. (Antrag Ablaß auf Beschränkung der Familienfideikommisse.)

Aus der Provinz.

Die Ursachen des Geburtenrückganges im Bezirk Merseburg.

Als vor einem Jahre der Streit über den deutschen Geburtenrückgang entstand, bewegte sich die Frage nach den Ursachen in so erheblichen Widersprüchen, daß man die weitere Diskussion vertagen mußte, bis die Fachstatistik mehr Detailmaterial beschafft haben würde. Eine der ersten Arbeiten dieser Art liegt nun vor. Im Auftrage des Preuß. Statistischen Landesamts hat Dr. L. Berger den Zusammenhang zwischen Beruf und Fruchtbarkeit an einem reichen Material untersucht. Seine Ergebnisse zeigen, daß heim Geburtenrückgang weder die Religiosität, noch materialistische oder politische Gesinnung (nach Prof. Wolf-Breslau die — Sozialdemokratie!!), noch Vergnügungssucht oder Leichtsinn eine ausschlaggebende Rolle spielen, sondern neben dem persönlichen Willensmoment vor allem Faktoren wirtschaftlicher Natur: Beruf, soziale Stellung, Frauenarbeit, Volkskrankheiten, Alkoholismus. Ueberraschend ist die Feststellung, daß die landläufige Behauptung der Landwirtschaft als dem „einzigen Jungborn" der Nation falsch ist, denn diese liefert nur 27 Proz. aller Geborenen, dagegen die Industrie 51 Proz., also mehr als die Hälfte. Zugleich zerstört Berger noch eine andere Legende, die von der entsittlichenden Wirkung der Industrie. Auch hier ist das gerade Gegenteil richtig. Die Höchstziffer der unehelichen Geburten hat mit 32 Proz. die Landwirtschaft, die Industrie nur 21 Proz.

Die durchschnittliche Fruchtbarkeit der einzelnen Familie ist mit 5 Kindern am höchsten in der Landwirtschaft und den Industriegruppen Bergbau, Hüttenwesen, Heiz- und Leuchtstoffe, Steine und Erden. In anderen Industrien erscheint der wirtschaftlichen Verhältnisse wegen die Aufzucht zahlreicher Kinder nicht ratsam oder erschwert, im Handelsstand beträgt der Durchschnitt nur drei und bei derjenigen Gruppe, deren Wirtschaftslage am allergesichertsten erscheinen sollte, den Beamten, sogar nur zwei Kinder. Nationalität und Konfession sind nicht ohne Einfluß, wenn sie auch nur eine sekundäre Bedeutung gegenüber der sozialen Stellung der Väter haben, denn die Klasse der Selbständigen und Leiter weist in Landwirtschaft, Handel und Industrie durchweg ein volles Drittel weniger Geburten auf, wie die Klassen der Arbeiter und Gehilfen. Im einzelnen zeigen die verschiedenen Bezirke und auch die Kreise je nach ihrer Bevölkerungszusammensetzung die größten Differenzen. Im Regierungsbezirk Merseburg z. B. standen 1905 von 1000 Ehefrauen (hier sind immer nur die für die Geburten in Frage kommenden Frauen unter 50 Jahren gemeint) in dem besten Alter bis zu dreißig Jahren 1903; das waren 15 mehr wie ein Jahrzehnt vorher. Das Müttermaterial hat sich demnach erfreulicherweise bedeutend verjüngt. Trotz dieser Besserung hat sich die auf 1000 Ehefrauen kommende Geburtenzahl von 25,6 auf 21,9 vermindert. Die allgemeine Tendenz zur Kleinhaltung der Familie hat sich also auch hier deutlich durchgesetzt. Aber die relative Abminderung war durchaus nicht stärker wie im Staatsdurchschnitt, der von 26,8 auf 24 Proz. sank.

Im allgemeinen wird die Abminderung um so bemerkbarer, je stärker die Industrialisierung ist, eine selbstverständliche Folge des Daseinskampfes und des mit der höheren Kultur gesteigerten Verantwortlichkeitsgefühls. Gewiß hat der moderne Mensch seine natürliche Freude am Nachwuchs seines Geschlechts, genau wie die Naturvölker. Aber er empfindet zugleich die sittliche Verpflichtung, daran zu denken, daß die Nachkommen auch die Möglichkeit eines gedeihlichen Aufwachsens vorfinden. Mehr Kinder zu haben als man ernähren und angemessen groß ziehen kann, wird mit Recht allgemein verurteilt. Das ist gewiß nicht unmoralisch. Diese Tendenz wird um so deutlicher, wenn man die einzelnen Kreise des Bezirks nach ihrem landwirtschaftlichen oder industriellen Charakter gruppiert. Die eheliche Geburtenziffer hat sich nämlich in den Kreisen mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung (55—70 Proz.) von 22,8 auf 20,9 Proz. verringert, gegen in den überwiegend industriellen Kreisen mit noch nicht 10 Proz. Agrarbevölkerung von 22 auf 17,8 Proz. Letzteres betrifft namentlich die Stadtkreise. Es sagt aber genug, daß der ausgesprochen agrarische Bezirk Lüneburg auch nicht eine viel bessere Geburtenziffer hat, wie die Stadtkreise unseres Bezirks, und daß in dem ebenfalls sehr agrarischen Bezirk Frankfurt die Geburtenabnahme bei Landwirtschaft und Industrie sogar ziemlich gleich stark gewesen ist, und beide Berufsgruppen bereits auf 16 Proz. angelangt sind. Man soll auch nicht übersehen, daß die Neigung zur Kleinhaltung der Familie besonders in den größeren Städten aus naheliegenden Gründen vorhanden ist.

Wie armselig es mit der Wolffschen Unterschiebung, daß die bösen Sozialdemokraten den deutschen Geburtenrückgang verschuldet hätten, steht, geht besonders klar aus den Berechnungen Bergers für den Gesamtstaat hervor, die nicht nur bei Landwirtschaft und Industrie genau dieselbe Geburtenabnahme zeigen, sondern die Landwirtschaft sogar noch hinter die Industrie zurücktreten lassen. Es kamen auf 100 verheiratete erwerbstätige Männer durchschnittlich im Jahr eheliche Geburten:

	1894-96	1907
Bergbau	27,6	27,3
Industrie	21,5	19,7
Landwirtschaft	20,3	18,8
Beamte	17,1	13,7

Selbst für manche reinagrarische Gegenden darf nicht übersehen werden, daß in kleinbäuerlichen Familien mit engen erbrechtlichen Anschauungen die möglichste Kleinhaltung der Familie zu einem zwar ungeschriebenen, aber vollgültigen Gesetz geworden ist. Dabei handelt es sich nicht um eine willkürliche oder laxe Lebensauffassung, auch nicht um eine neuzeitliche Verflachung der moralischen Begriffe, sondern um die Nachwirkung der Erbrechtsgesetzen, die den Generationen in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Man hat also alle Veranlassung, sich vor einseitigen generellen Urteilen zu hüten, eine Mahnung, die um so nötiger erscheint, als mit J. Wolf in der vorjährigen Diskussion über den Geburtenrückgang auch Prof. Oldenburg sich zu Urteilen verleiten ließ, die heute angesichts der Bergerschen Arbeit haltlos in sich zusammenfallen.

Merseburg. Höher geht's nimmer. Wie in fast jedem kleinen Orte hält der Flottenverein auch hier eine sogenannte Kriegsmarine-Ausstellung ab. An der nötigen Reklame und dem Eifer der Förderer dieser Sache fehlte es auch nicht. Um nun aber dem staunenden Besucher auch annähernd ein Bild zu geben, was ein moderner Krieg für eine Menschenschlächterei ist, führte man ein wirkliches Maschinengewehr in seiner grauenhaften Tätigkeit vor. Da das allein auch noch nicht den gewünschten Erfolg hatte, mußte der Wehrkraftverein Jungdeutschland wieder mal herhalten. Wir sind es ja schon gewöhnt, daß Jungdeutschland überall dabei sein muß, aber was das alles mit der „Ertüchtigung" zu tun hat, kann nur der begreifen, der in bunter Uniform und preußischem Drill sein höchstes findet. So hatte man letzthin die hiesige Jungdeutschlandgruppe gegen das Maschinengewehr geführt. Dem Zuschauer wurde gezeigt, wie eine mit Maschinengewehren besetzte Anhöhe des Saaleufers von einer Infanteriekolonne — in diesem Falle den Wehrkraftjünglingen — im Sturm genommen werden kann. Also, Kriegsspielerei mit wirklichen Waffen, nur ohne scharfe Munition, aber doch konnte man einen Begriff bekommen, was für ein Blutbad man gesehen hätte, wenn dies im Ernstfalle ausgeführt worden wäre. Das einzig erfreuliche bei diesem Schauspiel war, daß sich unter den Kanonensürmern nur wenig Arbeiterkinder befanden. Vorzüglich Gymnasiasten und „bessere" junge Herrchen fanden Gefallen an dieser Sorte Erziehungsarbeit. Wenn die Maschinengewehre wirklich ihre Feuerschlünde aufgetan hätten, wäre wohl so mancher Hosenboden vor Angst feucht geworden, aber so hat Jungdeutschland natürlich mit Hurra die Schlacht genommen. Wir hoffen bestimmt, daß kein Arbeiter seine Kinder diesen Jugendfreunden anvertraut. Die Erziehung zu Kulturidealen liegt nicht in der Uniform, noch weniger in solcher Kriegsspielerei, sondern im Erkennen der Natur und in der Freude an allem Schönen und Edlen. Und dafür bietet die freie Arbeiter-Jugendbewegung die beste Garantie. Darum, hinein in die Arbeiterjugend!

Greppin. Vormundschaftliche Untreue. Vor mehreren Jahren hatte der 55jährige Fabrikarbeiter Leopold Hammermann von hier die Vormundschaft für die beiden Kinder seines Sohnes, der als Zimmermann tödlich verunglückt war, übernommen. Aus der Kasse der Bauberufsgenossenschaft wurde den Kindern des Verunglückten eine monatliche Unterstützung von 26 Mk. gezahlt. Am 1. November vorigen Jahres nahm ein entfernter Verwandter, ein Landwirt in Eisenrodaa, eins der Kinder in sein Haus. Den Vormund ersuchte er, die monatliche Rente für das Mädchen zu sparen, damit sie später einmal über das Spargeld verfügen könne. H. erhob die Rente auch regelmäßig weiter, verbrauchte sie aber für seinen eigenen Hausbedarf. Das Vormundschaftsgericht ließ er in Unkenntnis über die anderweitige Unterkunft des Mädchens. Ende 1912 wurde entdeckt, daß der Betrag, um den er sein Enkelkind geschädigt hatte, die Höhe von etwa 1000 Mk. erreichte. H., der wegen Untreue vor der Halleschen Strafkammer stand, verpflichtete sich, den Betrag zurückzuzahlen. Das Gericht meinte aber, daß hier ein recht schwerer Fall vormundschaftlicher Untreue vorliege und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Delitzsch. Die diesjährigen Musterungs-Termine für die Militärpflichtigen aus Delitzsch und Umgegend finden im Schützenhaus zu Delitzsch statt, und zwar: am 3. April, von morgens 8½ Uhr an für die Militärpflichtigen aus den Gemeinden: Badrina, Beerendorf, Benndorf, Beuden, Bieien, Brinnis, Bredau, Brodenaundorf, Cleben, Crenitz, Creuma, Döbern, Döbernitz, Flemsdorf, Freroda, Girbisdorf, Gertitz, Gleisen, Gollmenz, Grabschütz, Grebehna, Groß-Crostitz, Groß-Kyhna, Groß-Lissa, Güntheritz, Hayna, Hohenossig, Hohenroda; am 4. April, von morgens 8½ Uhr an für die Militärpflichtigen aus den Gemeinden: Kattersnaundorf, Kertitz mit Klein-Wölkau b. D., Klein-Crostitz, Klein-Kyhna, Klein-Lissa, Klitzschmar, Köllsa, Kömmlitz, Laue, Leheliitz, Lemsel, Lindenhayn, Löbnitz, Lössen, Luckowehna, Mocherwitz, Niederossig, Nockwitz, Paupitzsch mit Neuhaus, Peterwitz, Pödsdorf, Prötitz, Quering, Rackwitz, Radefeld, Reibitz, Rödgen b. D. und Roitzschjora; am 5. April, von morgens 8½ Uhr an für die Militärpflichtigen aus den Gemeinden: Sausedlitz, Schenkenberg mit Storchwitz, Schladitz b. K., Schladitz b. Zw., Scholitz, Schweiditz, Seelhausen, Selben, Serbitz, Spröda, Wannewitz, Werbelin, Werben, Werlitzsch, Wiedemar, Wiesenena, Wolteritz, Zaasch, Zicheyen, Zicholkau, Zschortau und Zwochau; am 7. April, von morgens 8½ Uhr an von den Militärpflichtigen aus der Stadt Delitzsch die Restanten, Jahrgang 1891, Jahrgang 1893 und vom Jahrgang 1892 diejenigen, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis einschließlich G beginnen; am 8. April, von morgens 8½ Uhr an für die Militärpflichtigen aus der Stadt Delitzsch vom Jahrgang 1892, deren Familiennamen mit den Buchstaben H bis Z beginnen.

Torgau. Vergesset nicht, das Bürgerrecht zu erwerben! In diesem Jahre finden wiederum die Stadtverordnetenwahlen statt. Zum ersten Male versuchten es bei der letzten Wahl die Arbeiter in unserer von Beamten wimmelnden Stadt, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und es gelang beim ersten Versuch einen Achtungserfolg zu erringen. Es wurde die ansehnliche Zahl von 97 Stimmen erreicht. Es müssen aber deren bedeutend mehr werden, um an die Stimmenzahl der Gegner heranzukommen, und dieses wiederum ist nur möglich, wenn alle Arbeiter, die Preußen und mindestens ein Jahr am Orte ansässig sind, sich das Bürgerrecht erwerben. Ist doch selbst ein großer Teil der Bürgerlichen mit den Zuständen auf dem hiesigen Rathause nicht zufrieden, das bewegt sich in den bekannten, die von den Wiertlichen gepflogen werden. Wiederum muß uns das gleichgültig sein, was die Bürgerlichen da erzählen. Wir können auf eine Unterstützung von dieser Seite ja doch im ganzen Leben nicht rechnen. Bringen sie es doch nicht einmal fertig, ihre gegenwärtigen Mandanten im Stadtparlament dahin zu überzeugen, daß, trotz unserer wiederholten Eingaben, das unzeitgemäße Erheben von Bürgerrechtsgeld beseitigt wird. Hier hilft nur einzig und allein die Selbsthilfe. Einem jeden, selbst den Unbemittelsten, ist es bequem gemacht, das Bürgerrecht zu erwerben, insofern, daß vom Wahlverein eine Sparkasse zu diesem Zwecke errichtet ist, und kann dort jeder Betrag, selbst der kleinste, eingezahlt werden, bis die notwendige Summe erreicht ist. Gen. Krausch ist jederzeit bereit, Gelder in Empfang zu nehmen. Arbeiter, tut eure Pflicht und holt das Versäumte nach, denn nur der ist zum Wählen berechtigt, welcher in der im Juli 14 Tage lang ausliegenden Wählerliste verzeichnet steht.

Mühlberg. Verkehrsverbesserung. Eine wesentliche Verbesserung erhält der Fahrplan der Staatsbahn ab 1. Mai. Auf der Strecke Falkenberg—Röderau wird ein neues Zugpaar eingelegt. Der morgens 5.35 von Berlin abfahrende Zug, welcher in Falkenberg 7.49 eintrifft, fährt jetzt bis Röderau. Die Fahrzeiten sind folgende: 8.05 ab Falkenberg, in Sardorf 8.16, in Burzdorf 8.22. Der Zug verläßt Röderau wieder 10.08 und trifft in Burzdorf 10.28, in Sardorf 10.35 und in Falkenberg 10.45 ein. Dadurch wird eine schnelle Verbindung nach Torgau, Eilenburg, Leipzig, Delitzsch und Halle hergestellt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130311-18/fragment/page=0010